

Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Niederschrift 36. (außerordentliche) öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Sitzungstermin: Mittwoch, 02.11.2011

Sitzungsbeginn: 13:00 Uhr Sitzungsende: 14:55 Uhr

Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-

Ebert-Str. 79-81

Anwesend sind:

Fraktion Die LINKE

Herr Jens Gruschka

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold Frau Dr. Gabriele Herzel Frau Gudrun Hofmeister

Herr Ralf Jäkel

Herr Peter Kaminski

Herr Rolf Kutzmutz

Frau Birgit Müller

Frau Dr. Sigrid Müller

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Frau Dr. Karin Schröter

Frau Jana Schulze

Frau Solveig Sudhoff

Frau Anita Tack

Herr Stefan Wollenberg

Fraktion SPD

Frau Klara Geywitz

Herr Pete Heuer

Frau Heike Judacz

Herr Volker Klamke

Frau Hannelore Knoblich

Herr Till Meyer

Herr Hans-Peter Michalske

Frau Anke Michalske-Acioglu

Frau Birgit Morgenroth

Frau Dr. Manja Orlowski

Herr Dr. Ralf Otto

Herr Mike Schubert

Herr Claus Wartenberg

Herr Dr. Hagen Wegewitz

Frau Christina Wolf

Teilnahme ab 13:05 Uhr

nicht anwesend 14:15 bis 14:55 Uhr Teilnahme ab 13:15 Uhr / TOP 3.1

Teilnahme ab 13:10 Uhr / TOP 3.1 Teilnahme ab 13:15 Uhr / TOP 3.1

Fraktion CDU/ANW

Frau Maike Dencker

Herr Hans-Wilhelm Dünn

Herr Horst Heinzel

Teilnahme ab 13:10 Uhr / TOP 3.1

Teilnahme ab 13:10 Uhr / TOP 3.1

Teilnahme ab 13:10 Uhr / TOP 3.1

Herr Peter Lehmann Herr Klaus Rietz

Herr Michael Schröder

Fraktion Grüne/B90

Frau Saskia Hüneke Teilnahme ab 13:10 Uhr / TOP 3.1

Herr Martin Kühn
Frau Dr. Brigitte Lotz
Herr Andreas Menzel
Herr Peter Schüler

Fraktion FDP

Herr Stefan Becker Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken

Fraktion Die Andere

Herr Sven Brödno Frau Anja Heigl Frau Anke Lehmann

Fraktion BürgerBündnis

Frau Ute Bankwitz Frau Jutta Busch Herr Wolfhard Kirsch

Fraktion Potsdamer Demokraten

Herr Wolfgang Cornelius Herr Peter Schultheiß

Oberbürgermeister

Herr Jann Jakobs

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Herr Burkhard Exner

Frau Elona Müller-Preinesberger

Ortsvorsteher

Herr Ulf Mohr Teilnahme ab 13:10 Uhr / TOP 3.1

Herr Franz Blaser Teilnahme ab 14:46 Uhr

Herr Hans Becker

Herr Dr. Wolfgang Grittner Teilnahme ab 14:45 Uhr

Nicht anwesend sind:

Fraktion Die LINKE

Frau Olga Schummel nicht entschuldigt

Fraktion FDP

Frau Franziska Schneider entschuldigt Herr Björn Teuteberg entschuldigt

Einzelstadtverordnete

Herr Marcel Guse nicht entschuldigt Herr Brian Utting nicht entschuldigt

Ortsvorsteher

HerrStefan Gutschmidtnicht entschuldigtHerrJürgen Kanianicht entschuldigtHerrDietmar Bendykentschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Anträge
- 3.1 Dringlichkeitsantrag Aufhebung Ausschreibungsverfahren Freizeitbad

Vorlage: 11/SVV/0739 Fraktion DIE LINKE

3.2 Museum Lindenstraße 54/55

Vorlage: 11/SVV/0623 Fraktion BürgerBündnis

3.3 Verkehrstechnische Untersuchung Unterführung Berliner Straße

Vorlage: 11/SVV/0627 Fraktion DIE LINKE

3.4 Umbenennung Hiroshima Platz

Vorlage: 11/SVV/0629

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

3.5 Begrenzung von Geschäftsführergehältern in städtischen Betrieben II

Vorlage: 11/SVV/0660 Fraktion Die Andere

3.6 Handlungskatalog für Aufsichtsratsmitglieder

Vorlage: 11/SVV/0688 Fraktion DIE LINKE

Niederschrift der 36. (außerordentliche) öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 02.11.2011

3.7 Bericht zu neuen Regelungen Fäkalienabfuhr

Vorlage: 11/SVV/0689 Fraktion DIE LINKE

3.8 Erweiterung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen

Vorlage: 11/SVV/0690 Fraktion DIE LINKE

3.9 Kein Knabengymnasium in Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0691 Fraktion DIE LINKE

3.10 Neue Schule im Potsdamer Norden als PLUS Energie Schule bauen

Vorlage: 11/SVV/0667

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

3.11 Einhaltung der EU-Grenzwerte für CO2-Ausstoß bei der künftigen Anschaffung von

Dienstwagen und Nutzfahrzeugen

Vorlage: 11/SVV/0668

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

3.12 Ausschluss von Geheimhaltungsklauseln II

Vorlage: 11/SVV/0674 Fraktion Die Andere

3.13 Zusätzlicher Halt aller Züge des Regionalverkehrs auf den Bahnhöfen

Charlottenhof und Park Sanssouci

Vorlage: 11/SVV/0697 Fraktion DIE LINKE

3.14 Einsicht in Unterlagen städtischer Unternehmen

Vorlage: 11/SVV/0700

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

3.15 Gespräche mit der WBG 1903 zum Sportplatz Westkurve

Vorlage: 11/SVV/0711 Fraktion Die Andere

3.16 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum

Vorlage: 11/SVV/0712 Fraktion Die Andere

3.17 Bericht zur Umsetzung Vergabegesetz

Vorlage: 11/SVV/0713 Fraktion DIE LINKE

3.18 Therapiezentrum für Bundeswehrsoldaten

Vorlage: 11/SVV/0714 Fraktion Die Andere 3.19 Änderung in der Ausschussbesetzung

Vorlage: 11/SVV/0586

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

- 4 Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister
- 4.1 Prüfbericht bezüglich einer Verkehrsberuhigung des Dr. Rudolf-Tschäpe-Platzes gemäß Beschluss: 11/SVV/0205
- 4.1.1 Verkehrsberuhigung Dr.- Rudolf-Tschäpe-Platz

Vorlage: 11/SVV/0646

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 4.2 Prüfergebnis zur Einrichtung eines Zebrastreifens oder einer Fußgängerampel an der Haltestelle Schlaatzstraße gemäß Beschluss: 11/SVV/0221
- 4.2.1 Prüfung eines Zebrastreifens oder Fußgängerampel Haltestelle Schlaatzweg
 Vorlage: 11/SVV/0583
 Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 4.3 Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation "Am Neuen Garten" gemäß Beschluss: 11/SVV/0235
- 4.3.1 Verkehrssituation Am Neuen Garten

Vorlage: 11/SVV/0722

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 4.4 Bericht zum Projekt "Offener Bücherschrank Potsdam" gemäß Beschluss: 11/SVV/0375
- 4.4.1 Offener Bücherschrank Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0650

Oberbürgermeister, FB Bibliothek

- 4.5 Information zur Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der Geschwister-Scholl-Straße gemäß Beschluss: 11/SVV/0421
- 4.5.1 Mehr Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der

Geschwister-Scholl-Straße

Vorlage: 11/SVV/0582

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

4.6 Bericht über die Prüfergebnisse zur Einrichtung eines Inlinesportfeldes im

Volkspark

gemäß Beschluss: 11/SVV/0228

4.6.1 Standort für Inline-Sportfeld

Vorlage: 11/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

4.7 Bericht bezüglich Praktika in den Fachbereichen der Landeshauptstadt Potsdam

gemäß Beschluss: 11/SVV/0328

4.7.1 Keine unbezahlten Praktika

Vorlage: 11/SVV/0720

Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement

4.8 Prüfergebnis zum Beitritt Potsdams bei der IKVS - Interkommunale

Vergleichssysteme GmbH

gemäß Beschluss: 11/SVV/0343

4.8.1 Beitritt IKVS - Interkommunale Vergleichssysteme GmbH

Vorlage: 11/SVV/0735

Oberbürgermeister, Bereich Zentrale Steuerungsunterstützung

4.9 Bericht - Straßenquerung Horstweg

gemäß Beschluss: 11/SVV/0422

4.9.1 Straßenguerung Horstweg

Vorlage: 11/SVV/0733

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die außerordentliche Sitzung wird vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Herrn Schüler eröffnet.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Mandatswechsel

Frau Martina Engel-Fürstberger (Fraktion FDP) hat ihr Mandat zum 18.10.2011 niedergelegt. Vom Kreiswahlleiter wurde als Nachrücker Herr Baron Johannes von der Osten genannt Sacken berufen.

Herr Baron von der Osten genannt Sacken hat das Mandat angenommen; er wurde zum Vorsitzenden der Fraktion FDP gewählt und stellt sich anschließend vor.

Feststellung der Anwesenheit

Von den 57 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind zu Beginn der Sitzung (It. Eintragung in der Anwesenheitsliste) 39 anwesend, das sind 68,4 %. Damit ist die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig. Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zur Tagesordnung der 36. (außerordentlichen) öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gibt es keine Hinweise und Änderungen, sie wird mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Rederecht

Die Fraktion CDU/ANW hat für Herrn Matthias Finken zum Tagesordnungspunkt 3.1, betr.: Dringlichkeitsantrag – Aufhebung Ausschreibungsverfahren Freizeitbad, Antrat der Fraktion DIE LINKE, DS 11/SVV/0739 beantragt.

Ebenfalls zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Bürgerinitiative Pro Brauhausberg für die Sprecherin Frau Kriegbaum (im Falle ihrer Verhinderung Herr Pfrogner) vor.

Der Ältestenrat empfiehlt, den Anträgen zuzustimmen.

Abstimmung:

Den Anträgen auf Rederecht für den Tagesordnungspunkt 3.1 wird

mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

zu 3 Anträge

zu 3.1 Dringlichkeitsantrag - Aufhebung Ausschreibungsverfahren Freizeitbad Vorlage: 11/SVV/0739

Fraktion DIE LINKE

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhält Herr Finken das Rederecht. Er informiert über eine Umfrage des Bürgerforums 'Potsdam Nord', wie es im Potsdamer Norden mit dem Schwimmbad gehalten werde, trägt die Forderung von Einwohnern des Potsdamer Nordens nach dem Bau eines Schwimmbades neben der Biosphäre vor und übergibt dem Oberbürgermeister eine diesbezügliche Liste mit 1.400 Unterschriften.

Anschließend erhält Frau Kriegbaum von der Bürgerinitiative "Pro Brauhausberg" das Rederecht. Sie verdeutlicht die Forderung der Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg, die mit 4.382 Punkten den zweiten Platz im Rahmen der Abstimmungen zum Bürgerhaushalt erreicht habe. Anknüpfend an die Bürgerbeteiligungskonferenz vom Oktober 2011 werden die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zur einer geplanten ergebnisoffenen Ideenwerkstatt zur städtebaulichen Entwicklung um und am Brauhausberg am 26. November 2011 eingeladen.

Danach wird die Vorlage vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg namens der Fraktion DIE LINKE eingebracht.

Änderungsantrag:

Der Stadtverordnete Schubert beantragt namens der Fraktion SPD folgende Änderung des Beschlusstextes:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Kostenvergleich für den Neubau eines Schwimmbades im Potsdamer Norden und einer Rekonstruktion des bestehenden Schwimmbades am Brauhausberg zu erstellen.

Der Kostenvergleich orientiert sich an dem folgenden Basisangebot:

- 50 m Sportbecken mit acht Bahnen, entsprechend FINA Standard
- Zuschauertribüne mit mindestens so vielen Plätzen wie aktuell in der Schwimmhalle am Brauhausberg
- Sprunganlage mit Ein- und Dreimeterbrett
- Lehrschwimmbecken mit unterschiedlichen Tiefen
- Saunabereich mit mittlerem Saunaangebot
- Gastronomieangebot

Der Vergleich soll sich auf folgende Parameter erstrecken:

- jährlicher Zuschussbedarf beider Standorte
- möglicher, aber gegenwärtig noch nicht realisierter Verkaufserlös des unteren Brauhausberges und Berücksichtigung der Kosten einer Grundstücksübertragung an die Stadtwerke Potsdam für das Grundstück im Bornstedter Feld
- Ergänzungsangebote wie Freizeitelemente, Wellnessbereich, Fitnessbereich, erweitertes Saunaangebot und erweiterte Gastronomie werden modular für beide Standorte vergleichend dargestellt.
- Betriebskosten über die gesamte Nutzungs-/ Lebensdauer

Die Ergebnisse der Kostenvergleiche sind zu veröffentlichen und vorzustellen und eine Nachprüfbarkeit für alle Interessierten zu ermöglichen.

Im Verlaufe der Diskussion stellt der Stadtverordnete Dr. Scharfenberg den **Geschäftsordnungsantrag**, dass das Präsidium prüfen möge, ob der Änderungsantrag der Fraktion SPD (Anstellen eines Kostenvergleiches) mit dem Beratungsgegenstand (Aufhebung der Ausschreibung für ein Freizeitbad) noch in Verbindung stehe.

In einer Auszeit (13:47 bis 13:55 Uhr) verständigt sich das Präsidium zur weiteren Verfahrensweise.

Auf Bitte des Stadtverordneten Schubert, Fraktion SPD, gibt der Oberbürgermeister Herr Jakobs anschließend zu Protokoll, dass zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (auf der Basis der von der Fraktion SPD beantragten Änderung) eine Übersicht vorgelegt werde, mit einem Variantenvergleich für den Neubau eines Schwimmbades im Potsdamer Norden und einer Rekonstruktion des bestehenden Schwimmbades am Brauhausberg. Auf dieser Grundlage soll eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt werden.

Mit der Aufnahme dieser Ausführungen in die Niederschrift wird der Änderungsantrag der Fraktion SPD zurückgezogen.

Entsprechend dem Antrag der Fraktion DIE LINKE wird über die DS 11/SVV/0739 namentlich abgestimmt; das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes ist wörtlich in die Niederschrift aufzunehmen. Die wörtliche Wiedergabe ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Januar 2010, DS 10/SVV/0037, zum Bau eines Freizeitbades im Bornstedter Feld wird aufgehoben. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich dafür zu sorgen, dass das Ausschreibungsverfahren für den Bau eines Freizeitbades im Bornstedter Feld aufgehoben wird.

Abstimmungsergebnis:

(in namentlicher Abstimmung) mit 31 Nein-Stimmen <u>abgelehnt</u>, bei 21 Ja-Stimmen.

zu 3.2 Museum Lindenstraße 54/55

Vorlage: 11/SVV/0623 Fraktion BürgerBündnis

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah dafür Sorge zu tragen dass das Museum Lindenstraße 54/55 eine eigenverantwortliche Trägerschaft mit ausreichend Personal erhält.

Ein Bericht ist in der Stadtverordnetenversammlung im November 2011 vorzulegen.

Die Vorlage wird namens der Fraktion BürgerBündnis von der Stadtverordneten Bankwitz eingebracht.

Entsprechend den Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Jakobs stehe die Stadt in engen Verhandlungen mit dem Land und es sei beabsichtigt, eine Beschlussvorlage, verknüpft mit einem konkreten inhaltlichen Konzept sowie einem Finanzierungskonzept in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Im Weiteren teilt er mit, dass beabsichtigt sei, das Stellenpotenzial um 4 ½ Stellen zu vergrößern; die entsprechende Finanzierung sei mit dem Land abgestimmt.

Die **Empfehlung** des Oberbürgermeisters, den <u>letzten Satz</u> zu **ändern**: "Eine Beschlussvorlage ist der Stadtverordnetenversammlung im Dezember vorzulegen." wird von der Antragstellerin **übernommen**.

Anschließend weist die Stadtverordnete Dr. Schröter als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur darauf hin, dass sich dieser Ausschuss bereits mit der Thematik befasst habe und zu diesem Antrag folgende Änderung vorschlägt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Gedenkstätte Lindenstraße als Teil des Potsdam-Museums die erweiterten Aufgaben mit einer ausreichenden Personalausstattung (in Abstimmung mit dem Land) wahrnehmen kann.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt, die **Drucksache 11/SVV/0623** bis zur Vorlage eines Konzeptes in der Dezembersitzung 2011 **zurückzustellen.**

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Stimmenthaltungen.

Vom Stadtverordneten Brödno, Fraktion Die Andere, wird angeregt, mit den Opferverbänden zu sprechen und eine Anbindung an die Brandenburgischen Gedenkstätten in Erwägung zu ziehen.

zu 3.3 Verkehrstechnische Untersuchung Unterführung Berliner Straße

Vorlage: 11/SVV/0627 Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine verkehrstechnische Untersuchung über Aufwand und mögliche positive verkehrliche Wirkungen einer kurzen Unterführung des KFZ-Verkehrs aus Richtung Thomastraße bzw. Behlertstraße kommend in Richtung Humboldtbrücke zu veranlassen.

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage vom Stadtverordneten Jäkel eingebracht und anschließend die Überweisung in die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Bauen (ff) sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung beantragt.

Gegen die Überweisung der DS 11/SVV/0627 in die o. g. Ausschüsse erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.4 Umbenennung Hiroshima Platz

Vorlage: 11/SVV/0629

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Niederschrift der 36. (außerordentliche) öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 02.11.2011

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umbenennung des Hiroshima-Platzes zu veranlassen.

Der Platz erhält den Namen "Hiroshima-Nagasaki Platz".

Namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die Vorlage von der Stadtverordneten Hüneke eingebracht.

Vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp werden Bedenken hinsichtlich einer Umbenennung geäußert, da es für Umbenennungen gesetzliche Grundlagen gebe. Bei dem Antrag handele sich um eine Ergänzung des Namens und es gebe bezüglich der Namensgebung "Hiroshima-Platz" einen klaren historischen Bezug.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Schröder, Fraktion CDU/ANW, beantragt die **Überweisung** in den Ausschuss für Kultur.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0629 in den Ausschuss für Kultur wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen.

zu 3.5 Begrenzung von Geschäftsführergehältern in städtischen Betrieben II Vorlage: 11/SVV/0660

Fraktion Die Andere

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien der städtischen Betriebe werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass in den kommunalen Unternehmen keine Arbeitsverträge mehr abgeschlossen werden, durch die Geschäftsführer/innen oder leitende Angestellte Gehälter bzw. Bezüge erhalten, die mehr als doppelt so hoch sind wie die Bezüge des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam.

Namens der Fraktion Die Andere wird diese Vorlage vom Stadtverordneten Brödno eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Oberbürgermeister Herr Jakobs beantragt die **Überweisung** in den Hauptausschuss.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0660 in den Hauptausschuss wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen.

zu 3.6 Handlungskatalog für Aufsichtsratsmitglieder

Vorlage: 11/SVV/0688 Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung im November 2011 einen Vorschlag für einen Handlungskatalog für Mitglieder von Aufsichtsräten in städtischen Unternehmen bzw. Unternehmen mit städtischer Beteiligung vorzulegen.

Dieser Katalog soll insbesondere darauf gerichtet sein, mehr Transparenz zu erreichen, indem den Aufsichtsratsmitgliedern, ausgehend von ihren Rechten und Pflichten, mehr Sicherheit im Umgang mit der Verschwiegenheitspflicht gegeben wird.

Die Vorlage wird vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg namens der Fraktion DIE LINKE eingebracht und der **Termin** in der 1. Zeile des Beschlusstextes von "November 2011" in "**Januar 2012" geändert.**

Mit dem Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters Herrn Jakobs, die DS 11/SVV/0688 in den Hauptausschuss zu überweisen, erklärt sich die Antragstellerin einverstanden.

zu 3.7 Bericht zu neuen Regelungen Fäkalienabfuhr Vorlage: 11/SVV/0689

Fraktion DIE LINKE

Namens der Fraktion DIE LINKE wird diese Vorlage vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Dezember 2011 einen Bericht zu Erfahrungen im Umgang mit den neuen Regelungen zur Fäkalienabfuhr in Potsdam vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit <u>angenommen</u>, bei einigen Gegenstimmen.

zu 3.8 Erweiterung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen Vorlage: 11/SVV/0690

Fraktion DIE LINKE

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg eingebracht.

Nach 3 Wortmeldungen

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt die **Überweisung** in den Hauptausschuss.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit 24 Nein-Stimmen <u>abgelehnt,</u> bei 19 Ja-Stimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Landeshauptstadt Potsdam begrüßt und unterstützt ausdrücklich die Initiativen für eine Erweiterung der Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung der brandenburgischen Kommunen. Damit werden Voraussetzungen für eine Stabilisierung der kommunalen Daseinsvorsorge geschaffen und kommunale Selbstverwaltung gestärkt. Befürchtungen, dass diese neuen Regelungen der privaten Wirtschaft, insbesondere kleinen Unternehmen schaden könnten, werden nicht geteilt.

Die Landeshauptstadt Potsdam wird auch in Zukunft eine intensive Wirtschaftsförderung und eine aktive Ansiedlungspolitik betreiben.

Abstimmungsergebnis:

mit 31 Ja-Stimmen <u>angenommen</u>, bei 13 Nein-Stimmen.

zu 3.9 Kein Knabengymnasium in Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0691 Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Ansiedlung eines katholischen Knabengymnasiums in der Landeshauptstadt Potsdam aus. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, keine Unterstützung für die Einrichtung eines solchen Knabengymnasiums zu geben. Dazu gehört, dass die Stadt dafür kein Grundstück zur Verfügung stellt.

Die Vorlage wird vom Stadtverordneten Wollenberg namens der Fraktion DIE LINKE eingebracht.

Von der Beigeordneten für Bildung, Kultur und Sport Frau Dr. Magdowski wird betont, dass die Stadt keine Veranlassung und Notwendigkeit sehe, von der bisherigen Beschlussfassung (DS 04/SVV/0010 und 07/SVV/0057) abzuweichen.

Mit der Aufnahme der Ausführungen der Beigeordneten für Bildung, Kultur und

Sport Frau Dr. Magdowski hat sich dieser **Antrag erledigt** und wird von der Fraktion DIE LINKE **zurückgezogen**.

Um 14:55 Uhr verständigt sich das Präsidium mit dem Oberbürgermeister über den weiteren Sitzungsverlauf.

Im Ergebnis gibt der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Herr Schüler die Empfehlung des Ältestenrates bekannt:

Nach einer Pause wird um 15:00 Uhr die 37. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eröffnet.

Sofern diese Sitzung vor 22:00 Uhr beendet sein sollte, soll die 36. (außerordentliche) Sitzung fortgesetzt werden.

Anderenfalls wird diese Sitzung am **Montag, 07.11.2011** um 17:00 Uhr fortgesetzt. Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich <u>kein Widerspruch.</u>

P. Schüler Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Anlagen:

Wörtliche Wiedergabe von Redebeiträgen Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur DS 11/SVV/0739



Stadtverordnetenversammlung

Landeshauptstadt Potsdam

Niederschrift Fortsetzung der 36. (außerordentliche) öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Sitzungstermin: Montag, 07.11.2011

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 17:40 Uhr

Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ort, Raum:

Ebert-Str. 79-81

Anwesend sind:

Fraktion Die LINKE

Herr Jens Gruschka anwesend ab 17:35 Uhr/TOP 4.5.1

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold Frau Dr. Gabriele Herzel Frau Gudrun Hofmeister

Herr Ralf Jäkel

Herr Peter Kaminski anwesend ab 17:20 Uhr Herr Rolf Kutzmutz anwesend ab 17:39 Uhr

Frau Birgit Müller Frau Dr. Sigrid Müller

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Frau Dr. Karin Schröter Frau Jana Schulze Frau Solveig Sudhoff

Herr Stefan Wollenberg anwesend ab 17:10 Uhr/TOP 3.12

Fraktion SPD

anwesend ab 17:12 Uhr/TOP 3.15 Herr Pete Heuer

Frau Heike Judacz Herr Volker Klamke Frau Hannelore Knoblich

Herr Till Meyer anwesend ab 17:17 Uhr/TOP 3.17

Frau Anke Michalske-Acioglu Frau Dr. Manja Orlowski

Herr Dr. Ralf Otto Herr Mike Schubert Herr Claus Wartenberg

Fraktion CDU/ANW

Herr Hans-Wilhelm Dünn Herr Horst Heinzel anwesend ab 17:10 Uhr/TOP 3.13

Herr Peter Lehmann Herr Klaus Rietz Herr Michael Schröder

Seite: 1/12

Fraktion Grüne/B90

Frau Saskia Hüneke

Herr Martin Kühn

Frau Dr. Brigitte Lotz Herr Andreas Menzel

Herr Peter Schüler

anwesend ab 17:10 Uhr/TOP 3.12

anwesend ab 17:11 Uhr/TOP 3.13

Fraktion FDP

Herr Johannes Baron v. d. Osten

gen. Sacken

Fraktion Die Andere

Frau Christine Anlauff Herr Wolfgang Rose Herr Arndt Sändig

anwesend ab 17:10 Uhr/TOP 3.13

Fraktion BürgerBündnis

Frau Ute Bankwitz Frau Jutta Busch Herr Wolfhard Kirsch anwesend ab 17:10 Uhr/TOP 3.13

Fraktion Potsdamer Demokraten

Herr Wolfgang Cornelius Herr Peter Schultheiß

Oberbürgermeister

Herr Jann Jakobs

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp Herr Burkhard Exner

Frau Elona Müller-Preinesberger

Nicht anwesend sind:

Fraktion Die LINKE

Frau Olga Schummel nicht entschuldigt entschuldigt

Fraktion SPD

Frau Klara Geywitz entschuldigt
Herr Hans-Peter Michalske entschuldigt
Frau Birgit Morgenroth entschuldigt
Herr Dr. Hagen Wegewitz entschuldigt
Frau Christina Wolf nicht entschuldigt

Fraktion CDU/ANW

Frau Maike Dencker entschuldigt

Fraktion FDP

HerrStefan BeckerentschuldigtFrauFranziska SchneiderentschuldigtHerrBjörn Teutebergentschuldigt

Einzelstadtverordneter

Herr Brian Utting nicht entschuldigt

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski entschuldigt

Ortsvorsteher

Herr Ulf Mohr Herr Franz Blaser Herr Hans Becker

Herr Dr. Wolfgang Grittner Herr Stefan Gutschmidt Herr Dietmar Bendyk

Protokoll:

Öffentlicher Teil

Sitzungsleitung:

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Herr Schüler

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Herr Schüler dem Stadtverordneten von der Osten Sacken namens der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu dessen Geburtstag.

Anschließend wird die 36. (außerordentliche) Sitzung mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes 3.10 fortgesetzt.

zu 3.10 Neue Schule im Potsdamer Norden als PLUS Energie Schule bauen Vorlage: 11/SVV/0667

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die neue Gesamtschule in Potsdams Norden als Plus Energie Schule bauen zu lassen. Bereits in der Planung soll an den Einsatz neuer pädagogischer Unterrichtskonzepte gedacht werden. Weiterhin soll das Gebäude eine hohe Flexibilität in Hinblick auf zu erwartende Änderungen im Nutzungsprofil bieten.

Die Vorlage wird von der Stadtverordneten Hüneke namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer **neuen Textfassung** eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die neue Gesamtschule in Potsdams Norden mehrere Konzepte vorzulegen, um ein Gebäude mit möglichst geringen Bewirtschaftungskosten und optimalen Lebenszykluskosten bauen zu können. Bereits in der Planung soll an den Einsatz neuer pädagogischer Unterrichtskonzepte gedacht werden. Weiterhin soll das Gebäude eine hohe Flexibilität im Hinblick auf zu erwartende Änderungen im Nutzungsprofil bieten.

Niederschrift der 36. (außerordentliche) öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 02.11.2011

Anschließend wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Überweisung in die Ausschüsse für Bildung und Sport sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung beantragt.

Mit der Empfehlung des Beigeordneten für Zentrale Steuerung und Service Herrn Exner, diese Vorlage auch in den Werksausschuss KIS zu überweisen, erklärt sich die Antragstellerin einverstanden.

Gegen die Überweisung der (neuen Fassung) DS 11/SVV/0667 in die o.g. Ausschüsse sowie in den Werksausschuss KIS erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.11 Einhaltung der EU-Grenzwerte für CO2-Ausstoß bei der künftigen Anschaffung von Dienstwagen und Nutzfahrzeugen

Vorlage: 11/SVV/0668

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter der Stadtwerke wird beauftragt, künftig nachstehende Kriterien bei der Anschaffung von Dienstwagen und Nutzfahrzeugen berücksichtigten zu lassen:

- Bei Einkauf und Beschaffung von dienstlich genutzten Fahrzeugen muss zukünftig dem CO₂-Ausstoß eine größere Gewichtung im Beschaffungsprozess eingeräumt werden. Für jede Neuanschaffung von Personenwagen soll (ab sofort) der EU-Grenzwert für 2012 von 120 g CO₂/km eingehalten werden.
- 2. Zukünftige Änderungen des Grenzwertes sollen in den folgenden Jahren entsprechend berücksichtigt werden.
- 3. Für leichte Nutzfahrzeuge soll mindestens der EU-Grenzwert ab 2017 von 175 g CO₂/km gelten, künftige Änderungen sind auch hier zu berücksichtigen. Sofern für schwere Nutzfahrzeuge ein Grenzwert von der EU erlassen wird, ist dieser ebenfalls als Mindestmaß zu berücksichtigen.
- 4. Per Gesellschafterbeschluss ist dafür Sorge zu tragen, dass die Regelungen in den Punkten 2 bis 4 auch von den kommunalen Gesellschaften und des kommunalen Eigenbetriebes angewandt werden.
- 5. Über die Umsetzung dieses Beschlusses ist regelmäßig, mindestens einmal jährlich, in der Stadtverordnetenversammlung und/oder im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung Bericht zu erstatten.

Namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die DS 11/SVV/0668 von der Stadtverordneten Hüneke eingebracht und anschließend die Überweisung in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung beantragt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.12 Ausschluss von Geheimhaltungsklauseln II

Vorlage: 11/SVV/0674 Fraktion Die Andere

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister als Leiter der Stadtverwaltung und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien und Organen städtischer Betriebe werden angewiesen, sicherzustellen, dass keine Verträge geschlossen werden, die eine Geheimhaltungspflicht gegenüber den Stadtverordneten enthalten oder begründen. In dringenden Einzelfällen kann die Stadtverordnetenversammlung im Einzelfall entscheiden, dass eine entsprechende Klausel in den Vertrag aufgenommen werden kann.

Namens der Fraktion Die Andere wird die Vorlage vom Stadtverordneten Rose eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Service Herr Exner beantragt die **Überweisung** in den Hauptausschuss.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0674 in den Hauptausschuss wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen.

zu 3.13 Zusätzlicher Halt aller Züge des Regionalverkehrs auf den Bahnhöfen Charlottenhof und Park Sanssouci

Vorlage: 11/SVV/0697
Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der DB AG und dem VBB darauf zu drängen, dass während der vorgesehenen Streckensperrungen und darüber hinaus alle Züge des Regionalverkehrs auf den Bahnhöfen Charlottenhof und Park Sanssouci halten und nicht ohne Halt durchfahren.

Die Vorlage wird vom Stadtverordneten Dr. Gunold namens der Fraktion DIE LINKE eingebracht.

Nachdem der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bauen Herr Klipp informiert hat, dass auf die entsprechende Anfrage eine Antwort des VBB vorliege, empfiehlt er die **Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.**Mit der Überweisung der DS 11/SVV/0697 in den o. g. Ausschuss erklärt sich die Antragstellerin **einverstanden.**

zu 3.14 Einsicht in Unterlagen städtischer Unternehmen

Vorlage: 11/SVV/0700

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung Einblick in die Niederschriften der Sitzungen der Gesellschafterversammlungen und Anweisungen des Gesellschaftervertreters der Landeshauptstadt Potsdam an die Geschäftsführung der EWP und SWP für die Jahre 2005-2011 sowie in die Quartalslageberichte 2005-2011 der EWP und SWP und Niederschriften der Sitzungen der Aufsichtsräte von EPW und SWP für die Jahre 2005-2011 zu gewähren und in öffentlicher Sitzung im November 2011 der StVV auf eventuelle Rückfragen Auskunft zu erteilen.

Zur Akteneinsicht sind drei Mitglieder aus der Stadtverordnetenversammlung zu benennen:

1.	
2.	
3.	Herr Andreas Menzel (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Die DS 11/SVV/0700 wird von der Stadtverordneten Hüneke namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebracht und anschließend die **Überweisung in den Hauptausschuss** beantragt.

Gegen die Überweisung der o. g. DS in den Hauptausschuss erhebt sich <u>kein Widerspruch.</u>

zu 3.15 Gespräche mit der WBG 1903 zum Sportplatz Westkurve

Vorlage: 11/SVV/0711 Fraktion Die Andere

Namens der Fraktion Die Andere wird von der Stadtverordneten Anlauff eine **neue Fassung** vorgetragen, die den Stadtverordneten als TISCHVORLAGE ausgereicht wurde und die zur Abstimmung gestellt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, die erforderlichen Schritte zu veranlassen, um die Erschließung und Zuwegung zur Westkurve in der Hans-Sachs-Straße bis zum Jahresende 2011 zu sichern.

Die weitere Entwicklung des Grundstückes zum kombinierten Sport- und Freizeitgelände soll unter Mitwirkung der beiden anliegenden Schulen, der BI Westkurve und des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West als Vertreter der späteren Nutzer erfolgen.

Der Hauptausschuss ist über die getroffenen Maßnahmen ab Dezember 2011 bis zur Sicherstellung der Zuwegung und Erschließung monatlich zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.16 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum

Vorlage: 11/SVV/0712 Fraktion Die Andere

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Vertreter/innen der Stadt in den Gremien des Klinikums "Ernst von Bergmann" und in dessen Tochtergesellschaften werden angewiesen, die erforderlichen Schritte zu veranlassen, um sicherzustellen, dass Auszubildende künftig eine Ausbildungsvergütung erhalten, die mindestens so hoch ist wie der Betrag, den die Krankenkassen erstatten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2011 über den Sachstand zu informieren.

Die DS 11/SVV/0712 wird vom Stadtverordneten Rose namens der Fraktion Die Andere eingebracht und anschließend die Überweisung in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales beantragt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.17 Bericht zur Umsetzung Vergabegesetz

Vorlage: 11/SVV/0713 Fraktion DIE LINKE

Die Vorlage wird namens der Fraktion DIE LINKE vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg eingebracht.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bauen Herr Klipp gibt zu bedenken, dass der Termin November 2011 nicht realisiert werden könne und informiert u. a., dass das Gesetz bisher noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht wurde und noch keine Ausführungsvorschriften vorliegen. Die betroffenen Kommunen, insbesondere die kreisfreien Städte des Landes Brandenburg haben mit diesem Gesetz erhebliche Probleme und ziehen eine Verfassungsbeschwerde in Erwägung, da sie das Konnexitätsprinzip verletzt sehen.

Vom Oberbürgermeister Herrn Jakobs wird über Diskussionsschwerpunkte aus der Beratung des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes informiert; es sei noch nicht entschieden, ob sich die Stadt an der Klage beteiligen; dies sei aber unabhängig vom Inkrafttreten des Gesetzes zum 01.01.2012. Die Stadt treffe die entsprechenden Vorbereitungen für die Umsetzung und über erste Erfahrungen könne im März 2012 berichtet werden.

Von der Antragstellerin wird der **Termin** der Vorlage des Berichtes auf "**Dezember 2012**" geändert.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2011 einen Bericht vorzulegen, in dem dargestellt wird, welche Vorbereitungen die Stadt trifft, um sich auf das Inkrafttreten des Landesvergabegesetzes ab 01.01.2012 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 3.18 Therapiezentrum für Bundeswehrsoldaten

Vorlage: 11/SVV/0714
Fraktion Die Andere

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam im Klinikum "Ernst von Bergmann" werden angewiesen, die Einrichtung einer auf posttraumatische Belastungsstörungen spezialisierten Therapieeinrichtung für ehemalige Bundeswehrsoldaten am jetzigen Standort "In der Aue" oder anderen geeigneten Standorten in der Stadt zu prüfen.

Zur Finanzierung der Einrichtung sind Verhandlungen mit der Bundeswehr mit dem Ziel einer vollständigen Kostenübernahme nach dem Verursacherprinzip aufzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist ab Juni 2012 mindestens halbjährlich über den Sachstand zu unterrichten.

Die DS 11/SVV/0714 wird vom Stadtverordneten Rose namens der Fraktion Die Andere eingebracht und anschließend die Überweisung in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales beantragt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.19 Änderung in der Ausschussbesetzung

Vorlage: 11/SVV/0586

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Ergänzend zu den Mitteilungen bezüglich der DS 11/SVV/0586 wurde den Stadtverordneten als TISCHVORLAGE die Änderungen in der Ausschussbesetzung angezeigt, die sich aus der Mandatsniederlegung von Frau Engel-Fürstberger ergeben.

Zu dieser Mitteilungsvorlage und den Ergänzungen besteht kein Redebedarf, sie wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister

zu 4.1 Prüfbericht bezüglich einer Verkehrsberuhigung des Dr. Rudolf-Tschäpe-Platzes

gemäß Beschluss: 11/SVV/0205

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

zu Verkehrsberuhigung Dr.- Rudolf-Tschäpe-Platz

4.1.1 Vorlage: 11/SVV/0646

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 4.2 Prüfergebnis zur Einrichtung eines Zebrastreifens oder einer Fußgängerampel an der Haltestelle Schlaatzstraße gemäß Beschluss: 11/SVV/0221

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

zu Prüfung eines Zebrastreifens oder Fußgängerampel Haltestelle Schlaatzweg

4.2.1 Vorlage: 11/SVV/0583

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Kühn, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt die **Überweisung** in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0583 in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 4.3 Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation "Am Neuen Garten"

gemäß Beschluss: 11/SVV/0235

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

zu Verkehrssituation Am Neuen Garten

4.3.1 Vorlage: 11/SVV/0722

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 4.4 Bericht zum Projekt "Offener Bücherschrank Potsdam" gemäß Beschluss: 11/SVV/0375

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

zu Offener Bücherschrank Potsdam

4.4.1 Vorlage: 11/SVV/0650

Oberbürgermeister, FB Bibliothek

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 4.5 Information zur Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der Geschwister-Scholl-Straße gemäß Beschluss: 11/SVV/0421

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

zu Mehr Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der

4.5.1 Geschwister-Scholl-Straße

Vorlage: 11/SVV/0582

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Heuer, Fraktion SPD, beantragt die **Überweisung** in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0582 in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 4.6 Bericht über die Prüfergebnisse zur Einrichtung eines Inlinesportfeldes im Volkspark

gemäß Beschluss: 11/SVV/0228

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

zu Standort für Inline-Sportfeld

4.6.1 Vorlage: 11/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Nachdem der Oberbürgermeister die Nachfrage des Stadtverordneten Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE, bezüglich einer Berichterstattung zum Problem Tennisplätze im Hauptausschuss im Dezember 2012 bejaht hat, wird diese Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 4.7 Bericht bezüglich Praktika in den Fachbereichen der Landeshauptstadt Potsdam

gemäß Beschluss: 11/SVV/0328

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

zu Keine unbezahlten Praktika

4.7.1 Vorlage: 11/SVV/0720

Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 4.8 Prüfergebnis zum Beitritt Potsdams bei der IKVS - Interkommunale Vergleichssysteme GmbH gemäß Beschluss: 11/SVV/0343

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

zu Beitritt IKVS - Interkommunale Vergleichssysteme GmbH

4.8.1 Vorlage: 11/SVV/0735

Oberbürgermeister, Bereich Zentrale Steuerungsunterstützung

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 4.9 Bericht - Straßenquerung Horstweg gemäß Beschluss: 11/SVV/0422

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters ausgereicht.

zu Straßenquerung Horstweg

4.9.1 Vorlage: 11/SVV/0733

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Auf die Nachfrage des Stadtverordneten Heuer, Fraktion SPD, wann mit der Querungshilfe zu rechnen sei, antwortet die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz Frau E. Müller-Preinesberger, dass dies im Zusammenhang mit den möglichen Baumaßnahmen und finanziellen Mitteln 2012 mit dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen abgestimmt werde.

Niederschrift der 36. (außerordentliche) öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 02.11.2011

Am Ende der Sitzung äußert sich der Stadtverordnete Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in einer **persönlichen Erklärung** kritisch darüber, dass die vom Oberbürgermeister Herrn Jakobs in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.11.2011 gegebene Zusage, ihm bis Ende der 44. Kalenderwoche eine Antwort bezüglich der Anfrage, DS 11/SVV/0760, betr.: Vergabe Krampnitz-Gutachten zukommen zu lassen, nicht eingehalten habe und er dadurch in seiner Kontrollaufgabe behindert werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

P. Schüler Vorsitzender

der Stadtverordnetenversammlung

Niederschrift der 36. (außerordentliche) öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 02.11.2011



Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Niederschrift 37. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Sitzungstermin: Mittwoch, 02.11.2011

Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr **Sitzungsende:** 22:01 Uhr

Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-

Ebert-Str. 79-81

Anwesend sind:

Fraktion Die LINKE

Herr Jens Gruschka anwesend bis 18:10 Uhr

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold Frau Dr. Gabriele Herzel Frau Gudrun Hofmeister

Herr Ralf Jäkel

Herr Peter Kaminski
Herr Rolf Kutzmutz
nicht anwesend von 16:00 bis 19:00 Uhr

Frau Birgit Müller Frau Dr. Sigrid Müller

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Frau Dr. Karin Schröter Frau Jana Schulze Frau Solveig Sudhoff

Frau Anita Tack Teilnahme ab 17:35 Uhr

Fraktion SPD

Frau Klara Geywitz Herr Pete Heuer

Frau Heike Judacz anwesend bis 20:30 Uhr

Herr Volker Klamke Teilnahme ab 16:00 Uhr/TOP 3/anwesend

bis 20:30 Uhr

Frau Hannelore Knoblich

Herr Till Meyer

Herr Hans-Peter Michalske Frau Anke Michalske-Acioglu

Frau Birgit Morgenroth nicht anwesend 16:25 bis 17:35 Uhr

Frau Dr. Manja Orlowski

Herr Dr. Ralf Otto

Herr Mike Schubert Teilnahme ab 15:15 Uhr / TOP 2.2

Herr Claus Wartenberg Teilnahme ab 16:00 Uhr

Herr Dr. Hagen Wegewitz

Frau Christina Wolf Teilnahme ab 15:30 Uhr/anwesend bis

18:10 Uhr

Fraktion CDU/ANW

Frau Maike Dencker Teilnahme ab 15:15 Uhr / TOP 2.2

Herr Hans-Wilhelm Dünn

Herr Horst Heinzel

Herr Peter Lehmann Teilnahme ab 16:00 Uhr Herr Klaus Rietz anwesend bis 18:10 Uhr

Herr Michael Schröder

Fraktion Grüne/B90

Frau Saskia Hüneke Herr Martin Kühn Frau Dr. Brigitte Lotz Herr Andreas Menzel

Herr Peter Schüler

Teilnahme ab 15:30 Uhr

Fraktion FDP

Herr Stefan Becker Herr Björn Teuteberg

Herr Johannes Baron v. d. Osten

gen. Sacken

Fraktion Die Andere

Frau Christine Anlauff Herr Wolfgang Rose Herr Arndt Sändig

Fraktion BürgerBündnis

Frau Ute Bankwitz Frau Jutta Busch Herr Wolfhard Kirsch

Fraktion Potsdamer Demokraten

Herr Wolfgang Cornelius Herr Peter Schultheiß

Oberbürgermeister

Herr Jann Jakobs

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Herr Burkhard Exner

Frau Elona Müller-Preinesberger

Ortsvorsteher

Herr Franz Blaser Herr Ulf Mohr

Herr Stefan Gutschmidt

Herr Hans Becker

Herr Dr. Wolfgang Grittner

nicht anwesend 15:50 bis 16:30 Uhr/Teilnahme bis 20:35 Uhr

Teilnahme ab 15:50 Uhr/anwesend bis

18:55 Uhr

Teilnahme ab 15:50 Uhr/anwesend bis ca.

18:55 Uhr

Seite: 2/62

Nicht anwesend sind:

Fraktion Die LINKE

Frau Olga Schummel nicht entschuldigt Herr Stefan Wollenberg entschuldigt

Fraktion FDP

Frau Franziska Schneider entschuldigt

Einzelstadtverordneter

Herr Brian Utting nicht entschuldigt

Ortsvorsteher

Herr Jürgen Kania nicht entschuldigt Herr Dietmar Bendyk entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde
- 2.1 Flächennutzungsplan 2011

Vorlage: 11/SVV/0753

Stadtverordnete Schulze, Fraktion DIE LINKE

2.2 Vergabe Krampnitz Gutachten

Vorlage: 11/SVV/0760

Stadtverordneter Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2.3 Ehemaliges Armeelazarett Großbeerenstraße

Vorlage: 11/SVV/0761

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

2.4 Tierheimneubau Marquardter Straße in Potsdam-Fahrland

Vorlage: 11/SVV/0768

Stadtverordneter Schultheiß, Fraktion Potsdamer Demokraten

2.5 Verkehrswertgutachten

Vorlage: 11/SVV/0780

Stadtverordneter Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2.6 Kitafinanzierungen

Vorlage: 11/SVV/0781

Stadtverordneter Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Niederschrift der 37. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 02.11.2011

2.7 Neue Turnhalle Marienschule

Vorlage: 11/SVV/0786

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

2.8 Kindespielplätze und Bauvorhaben

Vorlage: 11/SVV/0811

Stadtverordnete Orlowski, Fraktion SPD

2.9 ÖPP

Vorlage: 11/SVV/0836

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

2.10 Umgang mit Ehrenbürgern

Vorlage: 11/SVV/0837

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

2.11 Benennung einer Straße nach Willi Frohwein

Vorlage: 11/SVV/0838

Stadtverordnete Dr. Müller, Fraktion DIE LINKE

2.12 Anträge auf Akteneinsichten EWP/SWP

Vorlage: 11/SVV/0839

Stadtverordneter Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2.13 Häuschen in der Grube

Vorlage: 11/SVV/0846

Stadtverordneter Teuteberg, Fraktion FDP

- Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 28. September 2011
- 4 Bericht des Oberbürgermeisters
- 5 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen Vorlagen der Verwaltung
- 5.1 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung

Vorlage: 11/SVV/0604

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

5.2 Parkraumbewirtschaftungskonzept

Vorlage: 11/SVV/0641

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

5.3 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)

Vorlage: 11/SVV/0642

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

5.4 Straßenreinigungssatzung 2012

Vorlage: 11/SVV/0680

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

5.5 Straßenreinigungsgebührensatzung 2012

Vorlage: 11/SVV/0681

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

5.6 Bebauungsplan Nr. 41 "Medienstadt Babelsberg", Satzungsbeschluss zur 4.

Änderung, Teilbereich An der Sandscholle

Vorlage: 11/SVV/0686

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

5.7 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungsicherstellung der Kindertagestätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)

Vorlage: 11/SVV/0717

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

5.8 Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", Teilbereich An den Nuthewiesen,

Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung

Vorlage: 11/SVV/0679

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

5.9 Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", Teilbereich Friedrich-List-Straße,

Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung

Vorlage: 11/SVV/0718

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

5.10 Änderung B-Plan Nr. 37 B "Babelsberger Straße"

Vorlage: 11/SVV/0564 Fraktion DIE LINKE

- 6 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen Vorlagen der Fraktionen
- 6.1 Ehrung von Otto Wiesner

Vorlage: 10/SVV/0618

Fraktion DIE LINKE, (Gruppe) Die Andere

6.2 B- Plan Nr. 122

Vorlage: 10/SVV/1051 Fraktion DIE LINKE

6.3 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe

Vorlage: 10/SVV/1054 Fraktion DIE LINKE

6.4 Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"

Vorlage: 10/SVV/1079 (Gruppe) Die Andere

Rücküberweisung HA mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.09.2011

6.5 Schulsozialarbeiter

Vorlage: 11/SVV/0122 Fraktion DIE LINKE

6.6 Nutzung Parkhausfassade Schiffbauergasse

Vorlage: 11/SVV/0257 Gruppe Die Andere

6.7 Sommerangebot der Stadt Potsdam für kinderreiche Familien zur Nutzung der

Strandbäder "Stadtbad Park Babelsberg" und "Waldbad Templin"

Vorlage: 11/SVV/0389 Fraktion DIE LINKE

6.8 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule

Vorlage: 11/SVV/0483 Fraktion CDU/ANW

6.9 Brauhausberg

6.9.1 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0388 Fraktion DIE LINKE

6.9.2 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges

Vorlage: 11/SVV/0423

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

6.9.3 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0434

Fraktion FDP

6.9.4 Nutzung Brauhausberg / Freizeitbad

Vorlage: 11/SVV/0602 Fraktion BürgerBündnis

6.9.5 Schwimmhalle

Vorlage: 11/SVV/0626 Fraktion DIE LINKE

6.9.6 Verkehrsplanung Leipziger Dreieck

Vorlage: 11/SVV/0628

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU/ANW

6.9.7 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0665

Fraktionen FDP, BürgerBündnis

6.10 Haushalt für Bürger transparenter gestalten

Vorlage: 11/SVV/0433

Fraktion FDP

6.11 Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes

Vorlage: 11/SVV/0435 Fraktionen FDP, CDU/ANW

6.12 Tierheimneubau

Vorlage: 11/SVV/0617 Fraktion DIE LINKE

6.13 Aufhebung der Beschlüsse 07/SVV/0738, 08/SVV/0743 und 09/SVV/1008

Vorlage: 11/SVV/0666

Fraktion FDP

6.14 Bodengrundgutachten für das Karree zwischen Leiblstraße, Hebbelstraße,

Kurfürstenstraße und Hans-Thoma-Straße

Vorlage: 11/SVV/0669

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

6.15 Freie Schulen erhalten!

Vorlage: 11/SVV/0677

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

6.16 Lärmmessung in Uetz

Vorlage: 11/SVV/0693 Fraktion CDU/ANW

6.17 Kennzahlen für den Haushalt 2012

Vorlage: 11/SVV/0694

Fraktion Potsdamer Demokraten

6.18 Berichte aus den Aufsichtsräten an die SVV

Vorlage: 11/SVV/0699

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

6.19 Schulen in privater Trägerschaft

Vorlage: 11/SVV/0702

Fraktion FDP

6.20 Zusätzliche Parkplätze am Rathaus für den Weihnachtsmarkt

Vorlage: 11/SVV/0728

Fraktion Potsdamer Demokraten

7 Anträge

7.1 Schülerfahrtkosten weiter senken

Vorlage: 11/SVV/0740 Fraktion DIE LINKE

7.2 Bebauungsplan Nr. 18 "Kirchsteigfeld", Planungsziele und Abgrenzung des

räumlichen Geltungsbereichs für die Änderung und Ergänzung

Vorlage: 11/SVV/0741

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

7.3 Bebauungsplan Nr. 122 "Kleingärten Babelsberg- Nord", Beschluss zur Reduzierung

des räumlichen Geltungsbereichs

Vorlage: 11/SVV/0754

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

7.4 Städtebaulicher Vertrag Hermannswerder

Vorlage: 11/SVV/0755

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

7.5 Rahmenkonzept für Stadtteilschule

Vorlage: 11/SVV/0758

Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD, Fraktion FDP

7.6 Persönliche Verantwortlichkeit Bertiniweg

Vorlage: 11/SVV/0762 Fraktion DIE LINKE

7.7 Übertragung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Vorlage: 11/SVV/0763 Fraktion DIE LINKE

7.8 Umsetzung des Konzeptes des Deutschen Bahnkunden-Verbandes für den

Potsdamer Hauptbahnhof Vorlage: 11/SVV/0765 Fraktion DIE LINKE

7.9 Erneute Prüfung wohnortnaher Ersatzstandorte für Kitas im Sanierungszeitraum

2013 - 2015

Vorlage: 11/SVV/0766 Fraktion DIE LINKE

7.10 Abfallgebührensatzung 2012

Vorlage: 11/SVV/0770

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

7.11 Errichtung einer Gesamtschule im Bornstedter Feld

Vorlage: 11/SVV/0771

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

7.12 Städtebauliches Konzept für die Mittelstraße und die Benkertstraße im

Sanierungsgebiet "Holländisches Viertel"

Vorlage: 11/SVV/0772

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

7.13 Änderungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 80.2 "Rote Kaserne West - nördlich

Esplanade"

Vorlage: 11/SVV/0773

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

7.14 ehrenamtlicher Beirat Denkmalpflege für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0774

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

7.15 Vollzug des Bebauungsplans Nr. 8 "Seepromenade/Dorfstraße" - Enteignung von

Uferwegeflächen Vorlage: 11/SVV/0775 Oberbürgermeister

7.16 Bebauungsplan Nr. 34-2 "Katharinenholzstraße / Amundsenstraße" Beschluss zur

öffentlichen Auslegung Vorlage: 11/SVV/0777

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

7.17 Seebühne des Hans Otto Theaters

Vorlage: 11/SVV/0784 Fraktion DIE LINKE

7.18 Vorgaben für Grundstücksverkäufe

Vorlage: 11/SVV/0785 Fraktion DIE LINKE

7.19 WagenHausBurg Hermannswerder

Vorlage: 11/SVV/0787 Fraktion DIE LINKE

7.20 Verkauf von Grundstücken im Bertiniweg in Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0789 Fraktion CDU/ANW

7.21 Kinderspielplatz Thaerstraße

Vorlage: 11/SVV/0790 Fraktionen SPD, FDP

7.22 Lärmschutzmauer Brauhausberg/ Templiner Straße

Vorlage: 11/SVV/0791

Fraktion SPD

7.23 Bürgerbeteiligung stärken

Vorlage: 11/SVV/0792

Fraktion SPD

7.24 Abwahl des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0793 Fraktion DIE LINKE

7.25 B-Plan Nr. 18 "Kirchsteigfeld"

Vorlage: 11/SVV/0794 Fraktion DIE LINKE

7.26 Berufung Sachkundige Einwohner

Vorlage: 11/SVV/0795 Fraktion DIE LINKE

7.27 Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Bildung und Sport

Vorlage: 11/SVV/0801

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

7.28 Sozial gerechte Bodennutzung

Vorlage: 11/SVV/0796

Fraktion SPD

7.29 Veröffentlichungen aus nicht öffentlichen Sitzungen

Vorlage: 11/SVV/0797

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

7.30 Richtlinie für Grundstücksverkäufe der LHP und ihrer Beteiligungen

Vorlage: 11/SVV/0798

Fraktion SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

7.31 Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!

Vorlage: 11/SVV/0799

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

7.32 Bürgerhaushalt weiterentwickeln

Vorlage: 11/SVV/0800

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

7.33 Planungsworkshop Verkehrssituation in Eiche und Golm

Vorlage: 11/SVV/0802

Fraktion SPD

7.34 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt

Vorlage: 11/SVV/0806

Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

Niederschrift der 37. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 02.11.2011

8	Übergabe der Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2012 "Liste der Bürgerinnen und
	Bürger" an die Stadtverordnetenversammlung
	19:00 Uhr

- 9 Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister
- 9.1 Leitlinien für die Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen sowie mit Jungen und jungen Männern

gemäß Beschluss: 09/SVV/1153

9.1.1 Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern, sowie Mädchen und jungen Frauen

Vorlage: 11/SVV/0734

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

- 9.2 Neubau einer weiterführenden Schule im Norden Potsdams gemäß Beschluss: 10/SVV/0701
- 9.3 Bericht über die Erarbeitung eines Flächensicherungskonzeptes Gewerbliche Bauflächen gemäß Beschluss: 10/SVV/0952
- 9.3.1 Flächensicherungskonzept Gewerbliche Bauflächen Vorlage: 11/SVV/0721 Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 9.4 Bericht über die Realisierung der ständigen Ausstellung Stadtentwicklung gemäß Beschluss: 11/SVV/0316
- 9.5 Piazzetta im Bereich Jägertor gemäß Beschluss: 11/SVV/0392
- 9.5.1 Piazzetta im Bereich Jägertor

Vorlage: 11/SVV/0732

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

9.6 Bericht über mögliche Maßnahmen, um den Flächenverbrauch Potsdams zu begrenzen

gemäß Beschluss: 11/SVV/0394

- 9.6.1 Erster Zwischenbericht zur Prüfung: Maßnahmen Handbuch Flächenmanagement Vorlage: 11/SVV/0808
 Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 9.7 Bericht zu Sponsorenleistungen der EWP gemäß Beschluss: 11/SVV/0484

9.7.1 Sponsoringleistungen durch die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)

Vorlage: 11/SVV/0844

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

9.8 Bericht bezüglich des Übungsplatzes für Feuerwehr und Katastrophenschutz im

Ortsteil Eiche

gemäß Beschluss: 11/SVV/0553

9.8.1 Übungsplatz für Feuerwehr und Katastrophenschutz

Vorlage: 11/SVV/0843

Oberbürgermeister, FB Feuerwehr

9.9 Bericht über mögliche Tonnagebegrenzungen im Innenstadtbereich

gemäß Beschluss: 11/SVV/0634

9.9.1 Tonnagebegrenzung

Vorlage: 11/SVV/0845

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

9.10 Information über die bisherigen Kosten der Transparenzkommission

gemäß Beschluss: 11/SVV/0737

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Herrn Schüler eröffnet.

Mandatswechsel

Für die Mitglieder der Fraktion Die Andere, die ihr Mandat zum 02.11.2011, 15:00 Uhr niedergelegt haben, wurden durch den Kreiswahlleiter folgende Nachrücker berufen, die alle die Annahme des Mandats erklärt haben:

für Herrn Sven Brödno: Frau Christine Anlauff für Frau Anke Lehmann: Herr Wolfgang Rose für Frau Anja Heigl: Herr Arndt Sändig.

Frau Anlauff übernimmt den Fraktionsvorsitz.

Die Stadtverordneten Anlauff, Rose und Sändig stellen sich anschließend vor.

zu 2 Fragestunde

zu 2.1 Flächennutzungsplan 2011

Vorlage: 11/SVV/0753

Stadtverordnete Schulze, Fraktion DIE LINKE

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp beantwortet.

zu 2.2 Vergabe Krampnitz Gutachten

Vorlage: 11/SVV/0760

Stadtverordneter Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp beantwortet.

Auf die Nachfrage des Stadtverordneten Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob und wann er Akteneinsicht in Unterlagen der POLO nehmen könne, antwortet der Oberbürgermeister, dass er bis Ende der Woche eine schriftliche Antwort erhalten werde.

zu 2.3 Ehemaliges Armeelazarett Großbeerenstraße

Vorlage: 11/SVV/0761

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp beantwortet.

Die Antwort ist allen Fraktionen schriftlich zu übergeben.

zu 2.4 Tierheimneubau Marquardter Straße in Potsdam-Fahrland

Vorlage: 11/SVV/0768

Stadtverordneter Schultheiß, Fraktion Potsdamer Demokraten

Die Frage wird von der Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz Frau E. Müller-Preinesberger beantwortet.

zu 2.5 Verkehrswertgutachten

Vorlage: 11/SVV/0780

Stadtverordneter Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp beantwortet.

zu 2.6 Kitafinanzierungen

Vorlage: 11/SVV/0781

Stadtverordneter Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Niederschrift der 37. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 02.11.2011

Die Frage wird von der Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz Frau E. Müller-Preinesberger beantwortet.

zu 2.7 Neue Turnhalle Marienschule

Vorlage: 11/SVV/0786

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

Die Frage wird von der Beigeordneten für Bildung, Kultur und Sport Frau Dr. Magdowski beantwortet.

Die Antwort ist allen Fraktionen schriftlich zu übergeben.

zu 2.8 Kindespielplätze und Bauvorhaben

Vorlage: 11/SVV/0811

Stadtverordnete Orlowski, Fraktion SPD

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp beantwortet.

zu 2.9 ÖPP

Vorlage: 11/SVV/0836

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp beantwortet.

zu 2.10 Umgang mit Ehrenbürgern

Vorlage: 11/SVV/0837

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

Die Frage wird vom Oberbürgermeister Herrn Jakobs beantwortet.

zu 2.11 Benennung einer Straße nach Willi Frohwein

Vorlage: 11/SVV/0838

Stadtverordnete Dr. Müller, Fraktion DIE LINKE

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp beantwortet.

zu 2.12 Anträge auf Akteneinsichten EWP/SWP

Vorlage: 11/SVV/0839

Stadtverordneter Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Frage wird vom Oberbürgermeister Herrn Jakobs beantwortet.

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes ist wörtlich in die Niederschrift aufzunehmen. Die wörtliche Wiedergabe ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.

Niederschrift der 37. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 02.11.2011

zu 2.13 Häuschen in der Grube

Vorlage: 11/SVV/0846

Stadtverordneter Teuteberg, Fraktion FDP

Die Frage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp beantwortet.

Die Antwort ist allen Fraktionen schriftlich zu übergeben.

zu 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 28. September 2011

Feststellung der Anwesenheit

Von den 57 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind zu Beginn der Sitzung (lt. Eintragung in der Anwesenheitsliste) 36 anwesend, das sind 63,2 %. Damit ist die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig. Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Der Stadtverordnete Teuteberg, Fraktion FDP, teilt seinen beruflichen Wechsel (Kaufmännischer Leiter im Klinikum Ernst von Bergmann) mit; die Vereinbarkeit von Amt und Mandat habe er rechtlich prüfen lassen; es bestehen keine Bedenken.

Feststellung der Anwesenheit

Von den 57 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind zu Beginn der Sitzung (It. Eintragung in der Anwesenheitsliste) 34 anwesend, das sind 59,6 %. Damit ist die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig. Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen Niederschriften

Niederschrift des öffentlichen Teils der 35. Sitzung

Zu dieser Niederschrift gib es keine Hinweise.

Abstimmung:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 35. Sitzung vom 28. September 2011 wird

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Den Stadtverordneten wurde eine <u>schriftliche</u> Übersicht über die *Anträge* ausgereicht, die *wegen fehlender Ausschussvoten zurückzustellen sind, zurückgezogen wurden bzw. die sich durch Verwaltungshandeln erledigt* haben:

Zurückgestellt werden bzw. durch Verwaltungshandeln erledigt haben sich folgende Vorlagen:

Tagesordnungspunkt 5.2, betr.: Parkraumbewirtschaftungskonzept, Antrag des Oberbürgermeisters, FB Grün- und Verkehrsflächen, **DS 11/SVV/0641**, **zurückgestellt** (gemäß Votum des Hauptausschusses)

betr.: Gebührenordnung Tagesordnungspunkt 5.3, für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung), Antrag des Oberbürgermeisters. FB Grün- und Verkehrsflächen, DS 11/SVV/0642, **zurückgestellt** (gemäß Votum des Hauptausschusses)

Tagesordnungspunkt 5.4, betr.: Straßenreinigungssatzung 2012, Antrag des Oberbürgermeisters, FB Ordnung und Sicherheit, **DS 11/SVV/0680, zurückgestellt** (gemäß Votum des Hauptausschusses)

Tagesordnungspunkt 5.5, betr.: Straßenreinigungsgebührensatzung 2012, Antrag des

Oberbürgermeisters, FB Ordnung und Sicherheit, **DS 11/SVV/0681, zurückgestellt** (gemäß Votum des Hauptausschusses)

Tagesordnungspunkt 6.1, betr.: Ehrung von Otto Wiesner, Antrag der Fraktion DIE LINKE, (Gruppe) Die Andere, **DS 10/SVV/0618, zurückgestellt** (das Votum des Ausschusses für Kultur fehlt)

Tagesordnungspunkt 6.3, betr.: Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe, Antrag der Fraktion DIE LINKE, **DS 10/SVV/1054, zurückgestellt** (das Votum des Hauptausschusses fehlt auf Grund der fehlenden Vorlage der Verwaltung)

Tagesordnungspunkt 6.5, betr.: Schulsozialarbeiter, Antrag der Fraktion DIE LINKE, **DS 11/SVV/0122, zurückgestellt** (bis ein Ergebnis aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorliegt)

Tagesordnungspunkt 6.8, betr.: Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule, Antrag der Fraktion CDU/ANW, **DS 11/SVV/0483** (diese Vorlage wurde von der Antragstellerin **zurückgezogen)**

Tagesordnungspunkt 6.9.1, betr.: Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg, Antrag der Fraktion DIE LINKE, **DS 11/SVV/0388, zurückgestellt** (die Voten des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen sowie des Hauptausschusses fehlen)

Tagesordnungspunkt 6.9.2, betr.: Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **DS 11/SVV/0423, zurückgestellt** (die Voten des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen sowie des Hauptausschusses fehlen)

Tagesordnungspunkt 6.9.3, betr.: Konkretisierung Masterplan Brauhausberg, Antrag der Fraktion FDP, **DS 11/SVV/0434 zurückgestellt** (die Voten des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen sowie des Hauptausschusses fehlen)

Tagesordnungspunkt 6.9.7, betr.: Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg, Antrag der Fraktionen FDP, BürgerBündnis, **DS 11/SVV/0665, zurückgestellt** (der Hauptausschuss hat die Drucksache in den Ausschuss für Finanzen überwiesen)

Tagesordnungspunkt 6.10, betr.: Haushalt für Bürger transparenter gestalten, Antrag der Fraktion FDP, **DS 11/SVV/0433, zurückgestellt** (das Votum des Finanzausschusses fehlt)

Tagesordnungspunkt 6.11, betr.: Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes, Antrag der Fraktionen FDP, CDU/ANW, **DS 11/SVV/0435 zurückgestellt** (Beratung in Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt im November 2011)

Tagesordnungspunkt 6.18, betr.: Berichte aus den Aufsichtsräten an die SVV, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **DS 11/SVV/0699** (das Votum des Hauptausschusses fehlt, **zurückgestellt**, bis eine Empfehlung der Transparenzkommission vorliegt)

Tagesordnungspunkt 6.16, betr.: Lärmmessung in Uetz, Antrag der Fraktion CDU/ANW, **DS 11/SVV/0693** (diese Vorlage hat sich **durch Verwaltungshandeln erledigt)**

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Jäkel, Fraktion DIE LINKE, beantragt, die DS 11/SVV/0680 und 11/SVV/0681 in dieser Sitzung zu behandeln.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit 23 Nein-Stimmen <u>abgelehnt</u>, bei 15 Ja-Stimmen.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Dr. Wegewitz, Fraktion SPD, beantragt, den Tagesordnungspunkt 5.7, betr.: Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie KitaFR) **zurückzustellen**, da das Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt.

Die Stadtverordnete Dr. Müller informiert als Vorsitzende des **federführenden Jugendhilfeausschusses**, dass eine Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen erfolgt sei, diese Vorlage zurückzustellen, bis ein Votum des Ausschusses für Finanzen vorliegt.

Zum Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Kühn, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die DS 11/SVV/0717 zur Einarbeitung der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses an die Verwaltung zurück zu überweisen und dem Jugendhilfeausschuss erneut vorzulegen, empfiehlt die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz Frau E. Müller-Preinesberger, diese Vorlage in der Dezember-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit den Voten der beiden Ausschüsse erneut vorzulegen.

Abstimmung:

Die Zurückstellung der DS 11/SVV/0717 bis zur Dezembersitzung wird

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Abstimmung:

Die o. g. Änderungen in der Tagesordnung werden

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Bestätigung der Dringlichkeit von Vorlagen gemäß § 11 Punkt 4 der Geschäftsordnung

Den Stadtverordneten wurden folgende Dringlichkeitsanträge ausgereicht; der Ältestenrat empfiehlt, deren Dringlichkeit zuzustimmen:

Dringlichkeitsantrag

der Fraktion Die Andere, betr.: Neubildung des Hauptausschusses, **DS 11/SVV/0847**

Dringlichkeitsantrag

der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, BürgerBündnis, Die Andere und Potsdamer Demokraten, betr.: Bestellung der Mitglieder des Hauptausschusses, **DS 11/SVV/0849**

Dringlichkeitsantrag

der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, BürgerBündnis, Die Andere und Potsdamer Demokraten, betr.: Bestellung der stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses, **DS 11/SVV/0850**

Abstimmung:

Die Dringlichkeit und damit die Aufnahme der DS 11/SVV/0847, 11/SVV/0849 und 11/SVV/0850 in die Tagesordnung wird

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Dringlichkeitsantrag

Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Schülertransportkostenerstattung, **DS** 11/SVV/0848

Der Ältestenrat gibt keine Empfehlung zur Dringlichkeit, da ihm der Antrag in seiner Sitzung am 01.11.2011 nicht vorlag.

Die Dringlichkeit wird namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Stadtverordneten Menzel begründet.

Vom Oberbürgermeister Herrn Jakobs **wird empfohlen,** diese Vorlage **gemeinsam mit** dem TOP 7.1, Antrag der Fraktion DIE LINKE, betr.: Schülerfahrtkosten weiter senken, **DS 11/SVV/0740, zu behandeln.**

Da sich die Antragstellerin dieser **Empfehlung** anschließt, erübrigt sich eine Abstimmung bezüglich der Dringlichkeit.

KONSENSLISTE

Der Ältestenrat empfiehlt, folgende Vorlagen in die KONSENSLISTE aufzunehmen (diese wurde den Stadtverordneten schriftlich ausgereicht):

Tagesordnungspunkt 7.3, betr.: Bebauungsplan Nr. 122 "Kleingärten Babelsberg-Nord", Beschluss zur Reduzierung des räumlichen Geltungsbereichs, Antrag des Oberbürgermeisters, FB Stadtplanung und Bauordnung, **DS 11/SVV/0754** überweisen

in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnungspunkt 7.4, betr.: Städtebaulicher Vertrag Hermannswerder, Antrag des

Oberbürgermeisters, FB Stadtplanung und Bauordnung, **DS 11/SVV/0755 überweisen**

in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnungspunkt 7.10, betr.: Abfallgebührensatzung 2012, Antrag des Oberbürgermeisters, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt, **DS 11/SVV/0770 überweisen**

in die Ausschüsse für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (ff) und für Finanzen

Tagesordnungspunkt 7.12, betr.: Städtebauliches Konzept für die Mittelstraße und die Benkertstraße im Sanierungsgebiet "Holländisches Viertel", Antrag des Oberbürgermeisters, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege, **DS 11/SVV/0772 überweisen**

in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnungspunkt 7.13, betr.: Änderungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 80.2 "Rote Kaserne West - nördlich Esplanade", Antrag des Oberbürgermeisters, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege, **DS 11/SVV/0773 (**Anlage wurde als TISCHVORLAGE nachgereicht)

überweisen

in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnungspunkt 7.16, betr.: Bebauungsplan Nr. 34-2 "Katharinenholzstraße / Amundsenstraße" Beschluss zur öffentlichen Auslegung, Antrag des Oberbürgermeisters, FB Stadtplanung und Bauordnung, **DS 11/SVV/0777** überweisen

in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnungspunkt 7.22, Lärmschutzmauer Brauhausberg/ Templiner Straße, Antrag der

Fraktion SPD, DS 11/SVV/0791

überweisen

in die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Bauen (ff) und für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Tagesordnungspunkt 7.23, Bürgerbeteiligung stärken, Antrag der Fraktion SPD, DS 11/SVV/0792 überweisen in den Hauptausschuss

Tagesordnungspunkt 7.29, betr.: Veröffentlichungen aus nicht öffentlichen Sitzungen, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **DS 11/SVV/0797 überweisen**

in den Hauptausschuss

Tagesordnungspunkt 7.32, betr.: Bürgerhaushalt weiterentwickeln, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **DS 11/SVV/0800**

überweisen

in die Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt

Tagesordnungspunkt 7.33, betr.: Planungsworkshop Verkehrssituation in Eiche und Golm, Antrag Fraktion SPD, **DS 11/SVV/0802**

überweisen

in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Zum **Geschäftsordnungsantrag** des Stadtverordneten Jäkel, Fraktion DIE LINKE, die o. g. DS auch in den **Ortsbeirat Eiche zu überweisen,** erhebt sich <u>kein Widerspruch.</u>

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Hüneke beantragt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die **DS 11/SVV/0669,** Tagesordnungspunkt 6.14, betr.: Bodengrundgutachten für das Karree zwischen Leiblstraße, Hebbelstraße, Kurfürstenstraße und Hans-Thoma-Straße, in die Konsensliste aufzunehmen und in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zu überweisen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Mitteilungsvorlagen:

Tagesordnungspunkt 7.34, betr.: Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt, Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters, Gleichstellungsbeauftragte, **DS 11/SVV/0806**

überweisen

in den Hauptausschuss

Tagesordnungspunkt 9.1.1, betr.: Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern, sowie Mädchen und jungen Frauen, Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters, FB Kinder, Jugend und Familie, **DS 11/SVV/0734** überweisen

in den Jugendhilfeausschuss

Zum **Geschäftsordnungsantrag** des Stadtverordneten Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die o. g. DS auch **in den Ausschuss für Bildung und Sport zu überweisen,** erhebt sich kein Widerspruch.

Tagesordnungspunkt 9.3.1, betr.: Flächensicherungskonzept Gewerbliche Bauflächen, Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters, Bereich Wirtschaftsförderung, **DS 11/SVV/0721**

überweisen

in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnungspunkt 9.9.1, betr.: Tonnagebegrenzung, Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters, FB Grün- und Verkehrsflächen, **DS 11/SVV/0845**

überweisen

in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Nicht öffentliche Vorlagen:

Tagesordnungspunkt 11.1, betr.: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister, Antrag des Stadtverordneten Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, **DS 11/SVV/0803**

überweisen

in den Hauptausschuss

Tagesordnungspunkt 11.2, betr.: Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" - Ergebnis des Bieterwettbewerbs für den Verkauf städtischer Grundstücke Havelufer/Alte Fahrt und Friedrich-Ebert-Straße / Schlossstraße, Grundstücke: Humboldtstraße 1/2, Humboldtstraße 3, Humboldtstraße 4, Humboldtstraße 5/6, Brauerstraße 1, Brauerstraße 2, Brauerstraße 3 und Schwertfegerstraße 9, Antrag des Oberbürgermeisters, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege, **DS 11/SVV/0809** (**mit** dem Änderungsantrag der Fraktion SPD)

überweisen

in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnungspunkt 11.3.1, betr.: Information über Kreditaufnahmen des KIS, Antrag des Oberbürgermeisters, KIS, **DS 11/SVV/0756 überweisen**

in den Ausschuss für Finanzen

Abstimmung:

Die **KONSENSLISTE** und damit die Überweisung der o. g. Drucksachen in die o. g. Ausschüsse und in die Ortsbeiräte wird

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Rederecht

Zum Tagesordnungspunkt 7.2, betr.: Bebauungsplan Nr. 18 "Kirchsteigfeld", Planungsziele und Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs für die Änderung und Ergänzung, DS 11/SVV/0741, hat der Sprecher der Bürgerinitiative Kirchsteigfeld-Drewitz Herr Naumann Rederecht beantragt.

Der Ältestenrat empfiehlt, dem Rederecht zuzustimmen.

Abstimmung:

Das Rederecht zum Tagesordnungspunkt 7.2 wird

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Änderung in der Reihenfolge der Behandlung von Vorlagen

Entsprechend der **Empfehlung des Ältestenrates** werden folgende Tagesordnungspunkte **zusammen behandelt:**

TOP 6.15, betr.: Freie Schulen erhalten, **DS 11/SVV/0677** und 6.19, betr.: Schulen in privater Trägerschaft, **DS 11/SVV/0702**;

TOP 7.2, betr.: Bebauungsplan Nr. 17 "Kirchsteigfeld", Planungsziele und Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs für die Änderung und Ergänzung, **DS 11/SVV/0741** und 7.25, betr.: B-Plan Nr. 18 "Kirchsteigfeld", **DS 11/SVV/0794**;

TOP 7.6, betr.: Persönliche Verantwortlichkeit Bertiniweg in Potsdam, **DS 11/SVV/0762** und 7.20, betr.: Verkauf von Grundstücken im Bertiniweg in Potsdam, **DS 11/SVV/0789**;

TOP 7.18, betr.: Vorgaben für Grundstücksverkäufe, **DS 11/SVV/0785**, 7.28, betr.: Sozial gerechte Bodennutzung, **DS 11/SVV/0796**, 7.30, betr.: Richtlinie für Grundstücksverkäufe der LHP und ihrer Beteiligungen, **DS 11/SVV/0798** und 7.31, betr.: Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!, **DS 11/SVV/0799**.

Im Weiteren **empfiehlt der Ältestenrat**, den Tagesordnungspunkt 7.24, betr.: Abwahl des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, DS 11/SVV/0793, vor der Pause aufzurufen.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Schröder, Fraktion CDU/ANW, beantragt, den **Tagesordnungspunkt 4,** Bericht des Oberbürgermeisters, auf Grund der umfangreichen Tagesordnung zu **streichen.**

Vom Oberbürgermeister Herrn Jakobs wird angeboten, den Bericht (noch während der Sitzung) schriftlich auszureichen.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen.

Abstimmung:

Die o. g. Änderungen in der Tagesordnung werden

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Weitere Hinweise gibt es nicht; die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird – mit den o. g. Änderungen –

mit Stimmenmehrheit bestätigt.

zu 4 Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht des Oberbürgermeisters zu den Themen:

- Internat der Sportschule im Luftschiffhafen,
- Bürgerbeteiligungskonferenz,
- Verfahren zur Potsdamer Mitte,
- Enteignungsverfahren in Groß Glienicke,
- Situation am Griebnitzsee

wurde den Stadtverordneten schriftlich ausgereicht.

zu 5 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

Sitzungsleitung:

Stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Frau Müller

zu 5.1 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung Vorlage: 11/SVV/0604

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Bauen (ff) sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung haben der Vorlage zugestimmt; den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben sie abgelehnt.

Der **Ortsbeirat Groß Glienicke** hat der Vorlage mit folgender **Ergänzung** zugestimmt, die vom Ortsvorsteher Herrn Blaser mündlich untersetzt wird.

Der Beschlusstext ist um einen Punkt 5. zu ergänzen:

Der Ortsbeirat Groß Glienicke bittet die Verwaltung, bei den weiteren Planungen die Errichtung von Straßenlaternen entlang der L 20 im Bereich zwischen Kreisel und Ulrich-Steinhauer-Straße vorzusehen.

Änderung in der Begründung:

Begründung, Seite 4, Überprüfung der ursprünglich formulierten Ziele, 6. Zeile: Statt: "...dass der Durchgangsverkehr der Bundesstraße 2 weiterhin ..." neu: "für einen gewissen Zeitraum ..."

Der Ortsbeirat bekräftigt seine Erwartung, dass an der Planung der Umgehungsstraße festgehalten wird.

Den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der o. g. Ortsbeirat abgelehnt.

Abstimmung:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Teilbereich Potsdamer Straße (Standort Supermarkt) ist aus dem B-Plan herauszulassen und als Vorhaben- und Erschließungsplan weiterzuentwickeln, um den längerfristigen Einfluss der Landeshauptstadt Potsdam auf das Vorhaben durch einen städtebaulichen Durchführungsplan sicherzustellen.

Der städtebauliche Vertrag ist zwingend vor dem Auslegungsbeschluss vorzulegen, wie es der Beschluss 10/OBR/0106 vorsieht.

Die Vorgaben des Einzelhandelskonzeptes der LH P (s. d. Seite 147), "Ansiedlung eines Supermarktes auf dem Standort nördlich der B2, in Ergänzung des bestehenden Lebensmitteldiscounter" sind einzuhalten. D.h. die Fläche ist gemäß Einzelhandelserfassung der Definition der der gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin/Brandenburg (400-1200 m²) auf 800 m² zu über das Einzelhandelskonzept bearenzen. Weitere hinaus Verkaufsflächen sind nicht auszuweisen.

Die Empfehlungen zur Weiterentwicklung "zentraler Versorgungsbereiche" und "zentralitätsbildender Sonderstandorte" des Einzelhandelskonzeptes Potsdams sind einzuarbeiten, insbesondere die Punkte 7 und 9.

Die Parkplätze sind hinter den Gebäuden anzuordnen und auf 40 bis 50 Stück zu begrenzen (vgl. auch Definition der Einzelhandelserfassung der gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg).

wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 4 Ja-Stimmen.

Abstimmung:

Die vom Ortsbeirat Groß Glienicke beantragte Ergänzung des Beschlusstextes um einen Punkt 5. sowie die Änderung in der Begründung werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke) ist in seinen Grenzen gemäß § 1 Abs. 8 i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB zu ändern (siehe Anlagen 1 und 3).
- 2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke) ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (siehe Anlagen 1 und 2).

- 3. Für diesen Bebauungsplan wird nach § 46 Abs 1 i.V.m. § 45 BauGB eine Erweiterung der Baulandumlegung nördlich zwischen "Grüner Weg" und "Potsdamer Chaussee" angeordnet. Die Lage ergibt sich aus der Karte (siehe Anlage 4).
- 4. Der Umlegungsausschuss der Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, die Umlegung durch Beschluss nach § 47 BauGB einzuleiten und das Umlegungsverfahren durchzuführen.
- 5. Der Ortsbeirat Groß Glienicke bittet die Verwaltung, bei den weiteren Planungen die Errichtung von Straßenlaternen entlang der L 20 im Bereich zwischen Kreisel und Ulrich-Steinhauer-Straße vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 5.2 Parkraumbewirtschaftungskonzept

Vorlage: 11/SVV/0641

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

zurückgestellt.

zu 5.3 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)

Vorlage: 11/SVV/0642

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

zurückgestellt.

zu 5.4 Straßenreinigungssatzung 2012

Vorlage: 11/SVV/0680

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

zurückgestellt.

zu 5.5 Straßenreinigungsgebührensatzung 2012

Vorlage: 11/SVV/0681

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

zurückgestellt.

zu 5.6 Bebauungsplan Nr. 41 "Medienstadt Babelsberg", Satzungsbeschluss zur 4. Änderung, Teilbereich An der Sandscholle

Vorlage: 11/SVV/0686

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen hat der Vorlage zugestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 (6) BauGB wird über die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr.41 "Medienstadt Babelsberg", Teilbereich An der Sandscholle entsprechend Anlage 1 entschieden.
- Die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 "Medienstadt 2. Babelsberg", Teilbereich An der Sandscholle wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen (Anlage 2), die dazugehörige Begründung wird gebilligt
- 3. (Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Richtlinie über die Finanzierung und Leistungsicherstellung der zu 5.7 Kindertagestätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)

Vorlage: 11/SVV/0717

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

zurückgestellt.

Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", Teilbereich An den zu 5.8 Nuthewiesen, Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung

Vorlage: 11/SVV/0679

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen hat der Vorlage mit folgenden Ergänzungen des Beschlusstextes zugestimmt:

- 3. Die öffentlichen Grünflächen sollen als solche erhalten bleiben. Es ist zu prüfen, ob die Fahrradstation in den Bahnhofskomplex integriert werden kann.
- 4. Im Erdgeschoss sollen Nutzungen von öffentlicher Wirksamkeit integriert werden.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bauen Herr Klipp gibt bezüglich der Integration der Fahrradstation in den Bahnhofskomplex zu Protokoll, dass die Verwaltung mit Priorität die Ansiedlung der Fahrradstation im Bahnhof-Center "angehe".

Da die Stadt keine Eigentümerin sei, bittet er darum, die Gespräche mit dem Center-Management abzuwarten; die Stadtverordnetenversammlung werde über das Ergebnis der Verhandlungen kurzfristig informiert.

Mit dieser Zusicherung von Herrn Klipp wird der **Punkt 3.** der Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen (die Ergänzung wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt) **zurückgezogen.**

Abstimmung:

Die Ergänzung des Beschlusstextes um einen Punkt - Integration von Nutzungen von öffentlicher Wirksamkeit im Erdgeschoss - wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einer Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Der Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", Teilbereich An den Nuthewiesen, ist gemäß § 2 BauGB i. V. m. § 13a BauGB in einem 1. Änderungsverfahren zu ändern (siehe auch Anlage 1).
- 2. Das Änderungsverfahren ist mit der Priorität 1 I entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (siehe Anlage 2).
- 3. Im Erdgeschoss sollen Nutzungen von öffentlicher Wirksamkeit integriert werden.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit <u>angenommen</u>, bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 5.9 Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", Teilbereich Friedrich-List-Straße, Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung

Vorlage: 11/SVV/0718

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen hat der Vorlage zugestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Der Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", Teilbereich Friedrich-List-Straße, ist gemäß § 2 Abs. BauGB i.V.m. § 13a BauGB in einem 2. Änderungsverfahren zu ändern (siehe auch Anlage 1).
- 2. Das Änderungsverfahren ist mit der Priorität 2 I entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (siehe Anlage 2).

3. Anhand der Planungsziele wird entschieden, dass das Verfahren hauptsächlich im wirtschaftlichen Interesse Dritter liegt (siehe Anlage 3). Die Einleitung des Verfahrens zum Bebauungsplan setzt daher auch voraus, dass neben den externen Kosten auch die künftig entstehenden verwaltungsinternen Kosten des Verfahrens vom Projektträger übernommen werden (entsprechend der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.08.2006 zur Kostenerstattung von Verfahrenskosten bei Bauleitplanverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter getroffenen Festlegungen – DS 06/SVV/0487).

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 5.10 Änderung B-Plan Nr. 37 B "Babelsberger Straße"

Vorlage: 11/SVV/0564
Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei der für die Ansiedlung der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) erforderlichen Änderung des B-Plans Nr. 37 B "Babelsberger Straße" folgende Anforderungen an die städtebauliche Entwicklung und Ordnung sowie an die Baukultur ausnahmslos zu erfüllen:

- Für die gesamte in der Kerngebietsfläche MK 1.2 zulässige Geschossfläche für die allgemein zulässigen "Wohnungen für Senioren, Behinderte und sonstige zu betreuende Personengruppen" ist an anderer, bisher nicht für die Wohnnutzung vorgesehener Stelle im Plangebiet vollständig Ersatz zu schaffen.
- 2. Bei der Festsetzung von Flächen für die Wohnnutzung sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse zu erfüllen.
- Bei der Ansiedlung der ILB ist eine hohe architektonische und landschaftliche Qualität der Gebäude und ihres Umfeldes (Baukultur) sicherzustellen. Vom Vorhabenträger ist ein offener Architektenwettbewerb gemäß RPW 2008 auszuloben Die öffentlichen Flächen sind mit dem Freiflächensystem der Landeshauptstadt Potsdam zu vernetzen.

Namens der Fraktion DIE LINKE erklärt der Stadtverordnete Dr. Scharfenberg, dass sich der Antrag mit der Annahme der DS 11/SVV/0718 **erledigt** hat.

zu 6 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Fraktionen

zu 6.1 Ehrung von Otto Wiesner Vorlage: 10/SVV/0618

Fraktion DIE LINKE, (Gruppe) Die Andere

zurückgestellt.

zu 6.2 B- Plan Nr. 122

Vorlage: 10/SVV/1051 Fraktion DIE LINKE

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen hat folgendem geänderten Beschlusstext zugestimmt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bis zum März 2011 im **Jahr 2012** den B-Plan**-Entwurf** Nr. 122 vorzulegen.

Abstimmung:

Die vom o. g. Ausschuss empfohlene Änderung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einer Stimmenthaltung.

Die Beschlussverfolgung im Amtsinformationssystem wird gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Jahr 2012 den B- Plan-Entwurf Nr. 122 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.3 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe

Vorlage: 10/SVV/1054 Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt.

zu 6.4 Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"

Vorlage: 10/SVV/1079 (Gruppe) Die Andere

Der Hauptausschuss hat einem geänderten Beschlussvorschlag zugestimmt, der den Stadtverordneten mit den "Stellungnahmen der Ausschüsse" ausgereicht wurde; dieser wird zur Abstimmung gestellt.

Zu dem von der Fraktion DIE LINKE in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2011 eingebrachten Änderungsantrag erklärt der Stadtverordnete Dr. Scharfenberg, dass sich dieser erledigt hat.

Die Beschlussverfolgung im Amtsinformationssystem wird gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den Tarifvertragsparteien des Klinikums "Ernst von Bergmann" einschließlich der Tochtergesellschaften mit dem Ziel zu führen, in einem ersten Schritt den Abschluss eines Tarifvertrages für den "Gesamtkonzern" zu befördern.

Darüber hinaus soll das Tarifniveau schrittweise an das Tarifniveau des VKA herangeführt werden.

Dazu sollen:

- 1. gemeinsame Tarifverhandlungen mit kommunalen Kliniken in Westbrandenburg angestrebt,
- 2. weiterführend die Tarifverhandlungen auf die kommunalen Kliniken in Brandenburg ausgedehnt und
- 3. Initiativen zur bundesweiten Angleichung der so genannten Basisfallwert befördert werden.

Dem Hauptausschuss ist darüber im Juni 2012 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit <u>angenommen</u>, bei einigen Stimmenthaltungen.

zu 6.5 Schulsozialarbeiter

Vorlage: 11/SVV/0122 Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt.

zu 6.6 Nutzung Parkhausfassade Schiffbauergasse

Vorlage: 11/SVV/0257 Gruppe Die Andere

Der **Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen** hat die Vorlage (neue Fassung vom 15.06.2011) <u>abgelehnt.</u>

Der Ausschuss für Kultur hat der Vorlage (neue Fassung vom 15.06.2011) mit folgender Ergänzung des Beschlusstextes zugestimmt:

5. wie an dem noch zu errichtenden Parkhaus im Luftschiffhafen eine offen zugängliche, kostenlos nutzbare und vom Deutschen Alpenverein (DAV) auf eigene Kosten zu errichtende und betreibende Kletterwand eingerichtet werden kann.

Der Kulturausschuss ist im November 2011 über das Prüfergebnis zu informieren.

Namens der Fraktion Die Andere wird diese Ergänzung von der Stadtverordneten Anlauff **übernommen.**

Änderungsantrag:

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bauen Herr Klipp beantragt, die Punkte 1. bis 4. im ursprünglichen Beschlussvorschlag zu streichen und nur über die Empfehlung des Ausschusses für Kultur abzustimmen.

Abstimmung:

Diese Änderung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie an dem noch zu errichtenden Parkhaus im Luftschiffhafen eine offen zugängliche kostenlos nutzbare und vom Deutschen Alpenverein (DAV) auf eigene Kosten zu errichtende und betreibende Kletterwand eingerichtet werden kann.

Der Kulturausschuss ist im November 2011 über das Prüfergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.7 Sommerangebot der Stadt Potsdam für kinderreiche Familien zur Nutzung der Strandbäder "Stadtbad Park Babelsberg" und "Waldbad Templin"

Vorlage: 11/SVV/0389
Fraktion DIE LINKE

Der **Ausschuss für Bildung und Sport hat** folgenden geänderten Beschlusstext beraten, im Ergebnis der Diskussion jedoch <u>abgelehnt:</u>

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der Stadtwerke Potsdam GmbH zu erreichen, dass für die Sommersaison 2011 - Juli und Augustdie Gültigkeit der Familienkarte für das "Strandbad Park Babelsberg" und das "Waldbad Templin" für bisher 4 (2 Erwachsene und 2 Kinder) Nutzungsberechtigte das Angebot der derzeitigen Familienkarte für die städtischen Strandbäder auf maximal 2 Erwachsene plus Kinder bei Beibehaltung des jetzigen Preises von 6 Euro erweitert und ab der Sommersaison 2012 in Kraft gesetzt wird. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob dieses Angebot zu einem jährlichen Dauerangebot von Mai bis September für die Nutzung der beiden Potsdamer Freibäder ausgebaut werden kann.

Das Ergebnis dieser Prüfung ist wird der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 31. August 2011 vorzulegen. **mit einer Beschlussvorlage zur Änderung der Entgeltordnung im Dezember 2011 vorgelegt.**

Der **Ausschuss für Finanzen hat** folgenden geänderten Beschlusstext beraten und im Ergebnis der Diskussion <u>abgelehnt:</u>

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der Stadtwerke Potsdam GmbH zu erreichen, dass für die Sommersaison 2011 - Juli und August die Gültigkeit der Familienkarte für das "Stadtbad Park Babelsberg" und das "Waldbad Templin" für bisher 4 (2 Erwachsene und 2 Kinder) Nutzungsberechtigte

auf maximal 2 Erwachsene plus Kinder bei Beibehaltung des jetzigen. Preises von 6 Euro erweitert und in Kraft gesetzt wird.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob dieses Angebot zu einem jährlichen Dauerangebot von Mai bis September für die Nutzung der beiden Potsdamer Freibäder ausgebaut werden kann.

Das Ergebnis dieser Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzungam 31. August 2011 vorzulegen. das Angebot der derzeitigen Familienkarte für die städtischen Strandbäder auf maximal 2 Erwachsene plus Kinder bei Beibehaltung des jetzigen Preises von 6 Euro erweitert und ab der Sommersaison 2012 in Kraft gesetzt wird.

Es wird anschließend die im Ausschuss für Bildung und Sport behandelte Textfassung zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der Stadtwerke Potsdam GmbH zu erreichen, dass das Angebot der derzeitigen Familienkarte für die städtischen Strandbäder auf maximal 2 Erwachsene plus Kinder bei Beibehaltung des jetzigen Preises von 6 Euro erweitert und ab der Sommersaison 2012 in Kraft gesetzt wird.

Das Ergebnis wird der Stadtverordnetenversammlung mit einer Beschlussvorlage zur Änderung der Entgeltordnung im Dezember 2011 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

mit 27 Ja-Stimmen <u>angenommen</u>, bei 11 Nein-Stimmen.

zu 6.8 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule

Vorlage: 11/SVV/0483 Fraktion CDU/ANW

Diese Vorlage wurde von der Antragstellerin zurückgezogen.

zu 6.9 Brauhausberg

zu Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg

6.9.1 Vorlage: 11/SVV/0388

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt.

zu Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges

6.9.2 Vorlage: 11/SVV/0423

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt.

zu Konkretisierung Masterplan Brauhausberg

6.9.3 Vorlage: 11/SVV/0434

Fraktion FDP

zurückgestellt.

zu Nutzung Brauhausberg / Freizeitbad

6.9.4 Vorlage: 11/SVV/0602

Fraktion BürgerBündnis

Der **Hauptausschuss** hat der Vorlage **mit** folgender **Ergänzung** des ersten Satzes **zugestimmt**:

Nach der Wortgruppe "... noch die städtischen Unternehmen" ist einzufügen: "bis zu einer grundsätzlichen Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung"...

Abstimmung:

Die o. g. Ergänzung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass weder die Stadt noch die städtischen Unternehmen bis zu einer grundsätzlichen Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung für das Areal Brauhausberg und Freizeitbad Aufträge vergeben, oder Tätigkeiten auslösen:

- hinsichtlich der Gestaltung
- der wirtschaftliche Verwertung
- Grundstücksverkäufe oder Verträge ähnlicher Art.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu Schwimmhalle

6.9.5 Vorlage: 11/SVV/0626

Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass in den Angelegenheiten Brauhausberg und Schwimmhalle für die Standorte Brauhausberg und Bornstedter Feld so lange keine Vertragsabschlüsse und keine Grundstücksgeschäfte getätigt werden, bevor nicht abschließend über die drei im

Geschäftsgang befindlichen Anträge der Stadtverordneten in der Sache sowie über den Antrag auf Unterschutzstellung der alten Schwimmhalle als Denkmal abschließend entschieden wurde.

Namens der Fraktion DIE LINKE erklärt der Stadtverordnete Dr. Scharfenberg, dass der **Antrag sich erledigt hat,** da er die gleiche Intention habe wie die DS 11/SVV/0602, betr.: Nutzung Brauhausberg/Freizeitbad.

zu Verkehrsplanung Leipziger Dreieck

6.9.6 Vorlage: 11/SVV/0628

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU/ANW

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen hat der Vorlage zugestimmt.

Bezüglich der Bemerkung des Stadtverordneten Jäkel, Fraktion DIE LINKE, dass sich das Anliegen des Antrages nicht nur unmittelbar auf die Straßenfläche, sondern auch auf den Bereich rechts und links neben der Straße beziehe, gibt der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bauen Herr Klipp zu Protokoll, dass bei Straßenplanungen in Potsdam städtebauliche Belange generell eine wichtige Rolle spielen und berücksichtigt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei den Verkehrs-Planungen für das Leipziger Dreieck Überlegungen für eine stadträumliche Gestaltung des öffentlichen Raumes einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg

6.9.7 Vorlage: 11/SVV/0665

Fraktionen FDP, BürgerBündnis

zurückgestellt.

zu 6.10 Haushalt für Bürger transparenter gestalten

Vorlage: 11/SVV/0433

Fraktion FDP

zurückgestellt.

zu 6.11 Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes

Vorlage: 11/SVV/0435 Fraktionen FDP, CDU/ANW

zurückgestellt.

zu 6.12 Tierheimneubau

Vorlage: 11/SVV/0617 Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass dem Tierschutzverein Potsdam ein Grundstück für den Bau eines neuen Tierheims zur Verfügung gestellt wird.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die dafür notwendigen Gespräche zu führen und die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2011 über den Stand zu informieren.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung hat einem geänderten Beschlusstext zugestimmt, der von der Antragstellerin übernommen wurde:

Die Beschlüsse zum Tierheimneubau 07/SVV/0738, 08/SVV/0743 und 09/SVV/1008 sind aufzuheben.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, im Falle der Eignung, z.B. das Grundstück in der Marquardter Straße für den Bau einer Betreuungseinrichtung für Tiere zum Kauf oder Erbbaupacht anzubieten.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die dafür notwendigen Gespräche zu führen und die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Dabei sind für einen potentiellen Standort nachstehende Kriterien zu berücksichtigen:

- 1. Dem Natur- und Tierschutzgedanke wird ein hoher Stellenwert bei der Entscheidungsfindung eingeräumt.
- 2. Die zahlreichen ehrenamtlichen TierschützerInnen werden bei ihrer Arbeit unterstützt.

Alle potentiellen Standorte sind mit Standortkriterien und potentiellen oder tatsächlichen Problemfaktoren vor Ort in einer Entscheidungsmatrix den Stadtverordneten vorzulegen, damit ein breiter Konsens für eine Standortentscheidung zu Stande kommt.

Der Hauptausschuss hat sich der o. g. Textfassung angeschlossen und empfiehlt im Weiteren folgende Änderung/Ergänzung:

<u>Dritter</u> Absatz - neu:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, ein Grundstück für den Bau einer Betreuungseinrichtung für Tiere planungsrechtlich zu sichern und auf dem Wege eines Vergabeverfahrens einem Betreiber zum Kauf/Erbpacht anzubieten.

Letzter Absatz:

"..... den Stadtverordneten zur Sitzung des Hauptausschusses am 21. Dezember 2011 vorzulegen..."

In der sich anschließenden Diskussion beantragen die Stadtverordneten Heuer, Fraktion SPD, und Jäkel, Fraktion DIE LINKE, die vom Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfohlenen Änderungen gesondert abzustimmen. Die Stadtverordnete Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert Bedenken bezüglich des 2. Halbsatzes der vom Hauptausschuss empfohlenen Änderung des 3. Absatzes. Der Stadtverordnete Schröder, Fraktion CDU/ANW, untersetzt die Empfehlung des Hauptausschusses bezüglich des neuen Absatzes 3 und vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE, wird die Abstimmung der Empfehlung des Ausschusses für KOUL sowie die vom Hauptausschuss empfohlene Terminstellung angeregt.

Um 17:10 Uhr schlägt die stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Frau Müller vor, dass sich der Ältestenrat mit dem Oberbürgermeister in einer Auszeit zur weiteren Verfahrensweise verständigen. Im Ergebnis der Diskussion gibt Frau Müller (um 17:13 Uhr) die Empfehlung des Ältestenrates bekannt, die DS 11/SVV/0617 erneut in den Hauptausschuss zu überweisen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Oberbürgermeister Herr Jakobs erklärt zur Niederschrift, dass dem Hauptausschuss fristgemäß zum 21. Dezember 2011 die Matrix mit den dafür potenziell geeigneten Grundstücken vorgelegt werde.

zu 6.13 Aufhebung der Beschlüsse 07/SVV/0738, 08/SVV/0743 und 09/SVV/1008 Vorlage: 11/SVV/0666

Fraktion FDP

zurückgestellt.

zu 6.14 Bodengrundgutachten für das Karree zwischen Leiblstraße, Hebbelstraße, Kurfürstenstraße und Hans-Thoma-Straße

Vorlage: 11/SVV/0669

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

Entsprechend den beschlossenen Änderungen in der Tagesordnung wird anschließend die gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 6.15 und 6.19 aufgerufen:

zu 6.15 Freie Schulen erhalten!

Vorlage: 11/SVV/0677

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss für Bildung und Sport hat die Vorlage abgelehnt.

Zum Beratungsgegenstand äußern sich 5 Diskussionsredner, anschließend wird entsprechend dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über diese Vorlage namentlich abgestimmt.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam appelliert an die Landesregierung und die Landtagsabgeordneten der Regierungskoalition aus SPD und Linke, die geplante Reduzierung der Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft zurückzunehmen. Die Kürzungen gehen auf Kosten der betroffenen Schüler, Lehrer und Eltern als auch auf Kosten der Kommunen, für die als Träger öffentlicher Schulen finanzwirtschaftlich aufwendige Folgen drohen.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt damit ausdrücklich den Oberbürgermeister, der wie er in der letzten Sitzuna Stadtverordnetenversammlung am 31. August berichtete - als Mitglied des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen die Reduzierung der Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft gegenüber der Landesregierung kritisiert hat.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diesen Appell unverzüglich an die Landesregierung und die Landtagsabgeordneten der Regierungskoalition weiterzuleiten und dabei zu verdeutlichen, wie sich die Kürzungen auf die betroffenen Potsdamer Schulen und auf die Attraktivität des Standortes Potsdam auswirken.

Abstimmungsergebnis:

(in namentlicher Abstimmung) mit 24 Nein-Stimmen <u>abgelehnt</u>, bei 20 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen.

zu 6.19 Schulen in privater Trägerschaft

Vorlage: 11/SVV/0702 Fraktion FDP

Ausschuss für Bildung und Sport hat die Vorlage abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- sich bei der Landesregierung aktiv dafür einzusetzen, dass diese von der geplanten Kürzung der Zuwendungen an Schulen in privater Trägerschaft Abstand nimmt.
- 2. die jährlichen Einsparungen für die Landeshauptstadt Potsdam zu ermitteln, welche momentan dadurch entstehen, dass Schulen in privater Trägerschaft unterhalten werden, im Vergleich zur Situation wenn alle Schulen in städtischer Trägerschaft wären.

- eine Schätzung der Kosteneinsparung des Landes Brandburg für pädagogisches Personal in Potsdamer Schulen zu erarbeiten, welche durch die Schulen in privater Trägerschaft und den damit geringeren Personalkostenanteil anfallen
- 4. die zu erwartenden Mehrkosten zu ermitteln, wenn alle Kinder in Potsdam auf eine öffentliche Schule in städtischer Trägerschaft wechseln wollen.

Die Berichterstattung soll in der Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

mit 24 Nein-Stimmen <u>abgelehnt</u>, bei 20 Ja-Stimmen.

zu 6.16 Lärmmessung in Uetz

Vorlage: 11/SVV/0693 Fraktion CDU/ANW

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der OBM wird beauftragt, im Ortsteil Uetz auf der Landesstraße im Bereich "Siedlung" im Rahmen des Lärmminderungsplanes oder in anderer geeigneter Weise eine Lärmmessung zu veranlassen und ggf. erforderliche Maßnahmen zur Lärmminderung zu veranlassen.

Im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung hat der Stadtverordnete Rietz namens der Fraktion CDU/ANW erklärt, dass sich der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt hat.

zu 6.17 Kennzahlen für den Haushalt 2012

Vorlage: 11/SVV/0694

Fraktion Potsdamer Demokraten

Der Ausschuss für Finanzen hat der Vorlage mit folgender Änderung zugestimmt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit Einbringung des Haushalts 2012 zukünftig die Kennzahlen aller Produkte auf Produktbereichsebene und Produktebene anzugeben.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Gesprächskreis "Doppik", für künftige Haushalte der Landeshauptstadt Potsdam Kennzahlen der Produkte auf Produktbereichsebene und Produktebene zu erarbeiten.

Dazu zählen mindestens: ...

Abstimmung:

Die vom o. g. Ausschuss empfohlene Änderung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Gesprächskreis "Doppik", für künftige Haushalte der Landeshauptstadt Potsdam Kennzahlen der Produkte auf Produktbereichsebene und Produktebene zu erarbeiten.

Dazu zählen mindestens:

- 1. Zahl der Bediensteten der städtischen Organisationseinheit
- 2. Fallzahlen
- 3. Finanzielle Aufwendungen der LHP in Euro
- 4. Zuschüsse des Landes und anderer öffentlicher Geldgeber in Euro
- 5. Zahl der Empfänger von Leistungen
- 6. Zahl der Besucher, Schüler, Nutzer
- 7. Zahl der Mitarbeiter/-innen von Leistungsempfängern sowie die Höhe der Personal- und Verwaltungskosten
- 8. Zahl der Veranstaltungen / Inszenierungen (bei den Kultureinrichtungen)
- 9. Eigenfinanzierungsgrad

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 6.18 Berichte aus den Aufsichtsräten an die SVV

Vorlage: 11/SVV/0699

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt.

zu 6.20 Zusätzliche Parkplätze am Rathaus für den Weihnachtsmarkt

Vorlage: 11/SVV/0728

Fraktion Potsdamer Demokraten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, während der Dauer des Weihnachtsmarktes 2011 an den Wochenenden (samstags und sonntags) die Parkplätze des Rathauses für die Besucher des Weihnachtsmarktes und die Kunden der Innenstadt gebührenfrei zur Verfügung zu stellen.

Entsprechend den Informationen der Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz Frau Müller-Preinesberger werde dieses Verfahren bereits praktiziert. Zur Kompensation von Bewohnerparkplätzen in der Innenstadt zu Zeiten des Weihnachtsmarktes erhalten die Bewohner mit ihrem Bewohner-Parkausweis eine Zufahrtsberechtigung für das Stadthaus-Gelände, um zusätzlichen Parkraum in der Innenstadt für Besucher und Händler zu schaffen.

Mit der Aufnahme dieser Ausführungen in die Niederschrift wird die DS 11/SVV/0728 von der Fraktion Potsdamer Demokraten **zurückgezogen**.

zu 7 Anträge

neu Neubildung des Hauptausschusses

Vorlage: 11/SVV/0847 (Dringlichkeitsantrag)

Fraktion Die Andere

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Hauptausschuss wird gemäß § 41 Abs. 6 BbgKVerf neu besetzt.

Abstimmungsergebnis:

mit 49 Ja-Stimmen angenommen.

neu Bestellung der Mitglieder des Hauptausschusses

Vorlage: 11/SVV/0849 (Dringlichkeitsantrag)

Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BürgerBündnis, Die Andere, Potsdamer Demokraten

Den Stadtverordneten wurde eine **korrigierte Fassung** (mit Datum vom 02.11.2011) ausgereicht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Gemäß § 41 Abs. 4 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) werden die Mitglieder des Hauptausschusses auf Vorschlag der Fraktionen wie folgt bestellt:

Fraktion DIE LINKE Dr. H.-J. Scharfenberg Birgit Müller

Dr. Sigrid Müller Dr. Karin Schröter

Fraktion SPD Mike Schubert Hannelore Knoblich

Claus Wartenberg Dr. Hagen Wegewitz

Fraktion CDU/ANW Michael Schröder Klaus Rietz

Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen Peter Schüler

Fraktion FDP Johannes Baron von der Osten

genannt Sacken

Fraktion Die Andere Wolfgang Rose

Fraktion BürgerBündnis Ute Bankwitz

Fraktion Potsdamer

Demokraten Peter Schultheiß

Abstimmungsergebnis:

mit 50 Ja-Stimmen angenommen.

neu Bestellung der stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses

Vorlage: 11/SVV/0850 (Dringlichkeitsantrag)

Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BürgerBündnis, Die Andere, Potsdamer Demokraten

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Gemäß § 41 Abs. 4 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) werden die stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses auf Vorschlag der Fraktionen wie folgt bestellt:

Fraktion DIE LINKE	1. Dr. Klaus-Uwe Gunold 3. Peter Kaminski 5. Rolf Kutzmutz	2. Dr. Gabriele Herzel 4. Stefan Wollenberg
Fraktion SPD	1. Pete Heuer 3. Klara Geywitz 5. Heike Judacz	2. Birgit Morgenroth 4. Dr. Manja Orlowski 6. Till Meyer
Fraktion CDU/ANW	1. Horst Heinzel	2. Hans-Wilhelm Dünn
	3. Maike Dencker	
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	1. Saskia Hüneke 3. Martin Kühn	2. Andreas Menzel 4. Dr. Brigitte Lotz
Fraktion FDP	1. Björn Teuteberg 3. Franziska Schneider	2. Stefan Becker

Fraktion Die Andere 1. Arndt Sändig 2. Christine Anlauff

Fraktion BürgerBündnis 1. Wolfhard Kirsch

Fraktion Potsdamer Demokraten 1. Wolfgang Cornelius

Abstimmungsergebnis:

mit 50 Ja-Stimmen angenommen.

zu 7.1 Schülerfahrtkosten weiter senken

Vorlage: 11/SVV/0740 Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit dem Beschluss zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten in der Landeshauptstadt sind Einsparungen für den städtischen Haushalt zu verzeichnen. Die eingesparten Mittel werden in voller Höhe in den

Haushaltstitel zur Subventionierung des Potsdam-Schülertickets der VIP übertragen, um dessen Preis weiter reduzieren zu können.

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage von der Stadtverordneten Hofmeister eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Menzel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt, den Beschlussvorschlag um den Wortlaut der der DS 11/SVV/0848 (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dessen Dringlichkeit zu Beginn der Sitzung <u>nicht</u> bestätigt und somit nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde) zu ergänzen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie Potsdam für die bisher Anspruchsberechtigten eines kostenlosen Schülermonatstickets, den nach dem Bildungs- und Teilhabepaket zu leistenden Eigenanteil vorübergehend ersetzen kann. Dieser Lösungsvorschlag ist in der nächsten Hauptausschusssitzung zur Beratung und ggf. als Beschluss vorzulegen. Sollte die Stadtverordnetenversammlung dazu beschließen müssen, ist der Lösungsvorschlag unverzüglich dem Plenum vorzulegen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, bei der Landesregierung eine landesweite Lösung mit Nachdruck einzufordern.

Diese Ergänzung wird von der Fraktion DIE LINKE übernommen.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Schultheiß, Fraktion Potsdamer Demokraten, beantragt die **Überweisung** in den Ausschuss für Finanzen.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0740 in den Ausschuss für Finanzen wird

mit 26 Ja-Stimmen <u>angenommen</u>, bei 23 Nein-Stimmen.

Entsprechend den beschlossenen Änderungen in der Tagesordnung wird anschließend (vor der Pause) der Tagesordnungspunkt 7.24 aufgerufen:

Sitzungsleitung:

Stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Frau Müller

zu Abwahl des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

7.24 Vorlage: 11/SVV/0793

Fraktion DIE LINKE

Die Vorlage wird namens der Fraktion DIE LINKE vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg eingebracht.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung äußert sich zu den vorgebrachten Vorwürfen, für die er die Verantwortung übernehme und entschuldigt sich bei den Fraktionen, die eine Sondersitzung beantragt haben.

Vom Beigeordneten für Zentrale Steuerung und Service Herrn Exner wird anschließend über die rechtliche Einschätzung des Ministeriums des Innern bezüglich § 34 Abs. 2 Nr. 1 der Kommunalverfassung informiert; diese wurde den Fraktionen schriftlich ausgereicht.

Nachdem sich 4 Stadtverordnete zum Beratungsgegenstand geäußert haben, werden die Stimmzettel ausgereicht. Die Abgabe erfolgt durch namentlichen Aufruf der Stadtverordneten. Die Auszählung der Stimmen wird von den Stadtverordneten Müller, Fraktion DIE LINKE, Heuer, Fraktion SPD, Dencker, Fraktion CDU/ANW, Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Teuteberg, Fraktion FDP, Kirsch, Fraktion BürgerBündnis und Schultheiß, Fraktion Potsdamer Demokraten, vorgenommen.

Das Ergebnis der Stimmenauszählung wird nach der Pause von Frau Müller bekannt gegeben.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Potsdam, Herr Peter Schüler, wird gemäß § 40 Absatz 5 der brandenburgischen Kommunalverfassung aus seinem Amt abgewählt.

Abstimmungsergebnis:

mit 28 Nein-Stimmen <u>abgelehnt</u>, bei 22 Ja-Stimmen.

18:10 bis 18:50 Uhr PAUSE

zu 8 Übergabe der Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2012 "Liste der Bürgerinnen und Bürger" an die Stadtverordnetenversammlung

Von den Herren Lenck und Rech, die als Bürgervertreter im Projektteam tätig waren, wird u. a. über die Beteiligung von 8.750 Bürgerinnen und Bürgern am Bürgerhaushalt informiert, die mit ihren Vorschlägen Ideen, Wünsche und Bedürfnisse eingebracht haben.

Sie bedanken sich für die gute Zusammenarbeit mit der Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt.

Anschließend werden dem Vorsitzenden Herrn Schüler die Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2012 "Liste der Bürgerinnen und Bürger" übergeben, mit der Bitte an die Stadtverordnetenversammlung, die Vorschläge in den Haushaltsberatungen zu diskutieren.

Entsprechend den beschlossenen Änderungen in der Tagesordnung wird anschließend die **gemeinsame Behandlung** der Tagesordnungspunkte 7. 2 und 7.25 aufgerufen:

zu 7.2 Bebauungsplan Nr. 18 "Kirchsteigfeld", Planungsziele und Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs für die Änderung und Ergänzung

Vorlage: 11/SVV/0741

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Durchführung des 1. Änderungs- und Ergänzungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 18 "Kirchsteigfeld" werden nachfolgend die Planungsziele und die Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs (siehe Anlage) festgelegt.

Zu dieser Drucksache erhält Herr Wilfried Naumann von der Bürgerinitiative "Kirchsteigfeld-Drewitz" das Rederecht. Er informiert über eine Stellungnahme der Bürgerinnen und Bürger, die in der Bürgerversammlung am 19. Oktober 2011 erarbeitet wurde, trägt Bedenken der Bürgerinitiative zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen vier Varianten vor und bittet namens der Bürgerinitiative, die Gespräche fortzusetzen.

Anschließend wird die DS 11/SVV/0741 vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp eingebracht und anschließend die Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfohlen.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Teuteberg, Fraktion FDP, beantragt die **Überweisung** in die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Bauen sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0741 in die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Bauen sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu B-Plan Nr. 18 "Kirchsteigfeld"

7.25 Vorlage: 11/SVV/0794 Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Vor einer Entscheidung zur Änderung des B-Planes Nr. 18 "Kirchsteigfeld", 4. Änderung Satzungsbeschluss, ist erst abschließend über den Flächennutzungsplan zu entscheiden.

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage von der Stadtverordneten Schulze eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordneter Teuteberg, Fraktion FDP, beantragt die **Überweisung** in die Ausschüsse Stadtentwicklung und Bauen sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

Das Ergebnis der anschließenden Abstimmung dieses Geschäftsordnungsantrages, der mit 25 Nein-Stimmen, bei 24 Ja-Stimmen abgelehnt wurde, wird von der Stadtverordneten Michalske-Acioglu, angezweifelt und die Abstimmung wiederholt.

Abstimmungsergebnis:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0795 in die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Bauen sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung wird

mit 24 Ja-Stimmen angenommen,

bei 23 Nein-Stimmen.

zu 7.3 Bebauungsplan Nr. 122 "Kleingärten Babelsberg- Nord", Beschluss zur Reduzierung des räumlichen Geltungsbereichs

Vorlage: 11/SVV/0754

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

zu 7.4 Städtebaulicher Vertrag Hermannswerder

Vorlage: 11/SVV/0755

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

zu 7.5 Rahmenkonzept für Stadtteilschule

Vorlage: 11/SVV/0758

Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD, Fraktion FDP

Namens der Fraktionen CDU/ANW, SPD und FDP wird diese Vorlage vom Stadtverordneten Schröder eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis März 2012 aus der für die Stadtteilschule Drewitz vorliegende Machbarkeitsstudie ein Rahmenkonzept für eine künftige Nutzung zu erarbeiten. Dieses soll sich in die Gesamtkonzeption "Bürgerhäuser" einfügen.

Mit diesem Konzept ist neben der inhaltlichen Ausgestaltung der Stadtteilschule auch ein Betreiber- und Finanzierungskonzept vorzulegen. In die Erarbeitung des Konzeptes sind die Akteure vor Ort in geeigneter Weise mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Entsprechend den beschlossenen Änderungen in der Tagesordnung erfolgt anschließend die **gemeinsame Behandlung** der Tagesordnungspunkte 7.6 und 7.20:

zu 7.6 Persönliche Verantwortlichkeit Bertiniweg

Vorlage: 11/SVV/0762
Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2011 nach einer entsprechenden Untersuchung mitzuteilen, wer dafür verantwortlich ist, dass den Besitzern der Eigenheime im B-Plan-Gebiet Bertiniweg trotz entsprechender Kaufanträge kein Vorkaufsrecht gewährt worden ist.

Namens der Fraktion DIE LINKE wird diese Vorlage vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg eingebracht und die **Überweisung** in den Hauptausschuss beantragt.

zu Verkauf von Grundstücken im Bertiniweg in Potsdam

7.20 Vorlage: 11/SVV/0789

Fraktion CDU/ANW

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, den Verkauf von Grundstücken im Bertiniweg in Potsdam an die BTW Projektentwicklung GmbH zu prüfen.

Inhalt der Prüfung soll insbesondere die vertragliche Umsetzung der Vorgaben aus der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung zur DS 10/SVV/0902 sein. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob aus der offensichtlich großen Nähe der Käuferseite zur LBS (Landesbausparkasse) Anhaltspunkte für eine bevorzugte Behandlung durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung bestehen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 07.12.2011 dazu zu berichten

Die Vorlage wird vom Stadtverordneten Schröder namens der Fraktion CDU/ANW eingebracht und anschließend die **Überweisung** in den Rechnungsprüfungsausschuss beantragt.

Der Empfehlung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, die **DS** 11/SVV/0762 <u>und</u> 11/SVV/0789 in den Rechnungsprüfungsausschuss <u>und</u> in den Hauptausschuss zu überweisen, wird <u>mit Stimmenmehrheit zugestimmt.</u>

zu 7.7 Übertragung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Vorlage: 11/SVV/0763

Fraktion DIE LINKE

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Teuteberg, Fraktion FDP, beantragt die **Überweisung** in den Hauptausschuss.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0763 in den Hauptausschuss wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung werden künftig im Internet übertragen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Voraussetzungen zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2012 einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit <u>angenommen</u>, bei einigen Gegenstimmen.

zu 7.8 Umsetzung des Konzeptes des Deutschen Bahnkunden-Verbandes für den Potsdamer Hauptbahnhof

Vorlage: 11/SVV/0765
Fraktion DIE LINKE

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage vom Stadtverordneten Jäkel eingebracht.

Entsprechend den Informationen des Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp, seien der Verwaltung die Vorschläge des Deutschen Bahnkundenverbandes der Verwaltung bekannt; mit der Auswertung wurde bereits begonnen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Vorschläge des Deutschen Bahnkunden-Verbandes vom Oktober 2011 "Besser Umsteigen am Potsdamer Hauptbahnhof" zu analysieren und auf die Möglichkeiten ihrer Realisierung zu prüfen.

Dazu sind eine Beratung im Ausschuss für Stadtplanung zu führen und ein Vorschlag für Prioritäten und schrittweise Realisierung der Vorschläge des DBV vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7.9 Erneute Prüfung wohnortnaher Ersatzstandorte für Kitas im Sanierungszeitraum 2013 - 2015

Vorlage: 11/SVV/0766 Fraktion DIE LINKE

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage von der Stadtverordneten Schulze eingebracht.

Mit der vom Stadtverordneten Schröder, Fraktion CDU/ANW, vorgeschlagenen **Ergänzung,** in der <u>3. Zeile</u> des Beschlusstextes hinter dem Wort "wohnortnahen" einzufügen: "oder geeigneten" erklärt sich die **Antragstellerin einverstanden.**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der Forderung des KIS nach einem teilweisen Auszug der Kitas "Storchennest" und "Montessori-Kinderhaus" während des dritten Bauabschnitts, die erneute Prüfung eines wohnortnahen oder geeigneten Ausweichquartieres für beide Einrichtungen während der geplanten Innensanierung im Zeitraum 2013 bis 2015 zu veranlassen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in einer Mittelungsvorlage im März 2012 das Ergebnis der Prüfung darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit <u>angenommen</u>, bei einer Gegenstimme.

zu Abfallgebührensatzung 2012

7.10 Vorlage: 11/SVV/0770

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (ff) sowie für Finanzen.

zu Errichtung einer Gesamtschule im Bornstedter Feld

7.11 Vorlage: 11/SVV/0771

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Diese Drucksache wird von der Beigeordneten für Bildung, Kultur und Sport Frau Dr. Magdowski eingebracht.

Die Beschlussverfolgung im Amtsinformationssystem wird gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Spätestens zum Schuljahr 2016/2017 wird am Standort Rote Kaserne West (B-Plan Nr. 80.2 "Rote Kaserne West") eine Gesamtschule mit 5 Zügen in der Sekundarstufe I und 3 Zügen in der Sekundarstufe II errichtet.

Die Realisierung erfolgt durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS).

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu Städtebauliches Konzept für die Mittelstraße und die Benkertstraße im

7.12 Sanierungsgebiet "Holländisches Viertel"

Vorlage: 11/SVV/0772

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

zu Änderungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 80.2 "Rote Kaserne West - nördlich

7.13 Esplanade"

Vorlage: 11/SVV/0773

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

zu ehrenamtlicher Beirat Denkmalpflege für die Landeshauptstadt Potsdam

7.14 Vorlage: 11/SVV/0774

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Die Vorlage wird vom Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen Herrn Klipp eingebracht.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Teuteberg, Fraktion SPD, beantragt die **Überweisung** in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die Diskussion wird fortgesetzt; nach 4 Diskussionsrednern wird die Drucksache zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Der als freiwillige Aufgabe im § 18 BbgDSchG (5) erwähnte ehrenamtliche Beirat für Denkmalpflege soll für die Landeshauptstadt Potsdam nicht berufen werden.
- 2. Der Beschluss 07/SVV/0838 vom 05.12.2007 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

mit 26 Ja-Stimmen <u>angenommen</u>, bei 17 Nein-Stimmen.

zu Vollzug des Bebauungsplans Nr. 8 "Seepromenade/Dorfstraße" - Enteignung 7.15 von Uferwegeflächen

Vorlage: 11/SVV/0775
Oberbürgermeister

Der Ältestenrat empfiehlt die Abstimmung ohne Ausschussüberweisung.

Die Vorlage wird vom Beigeordneten für Zentrale Steuerung und Service Herrn Exner eingebracht.

Auf die Anregung des Ortsvorstehers von Groß Glienicke, das Gespräch nicht zu verweigern, erwidert der Oberbürgermeister, dass die Verwaltung weiterhin bereit sei, auch "in der allerletzten Phase" Gespräche zu führen und nichts unversucht lassen werde, um zu einer einvernehmlichen Regelung zu kommen. An dem Willen, den Uferweg öffentlich zugänglich zu machen, so Herr Jakobs, lasse die Stadtverwaltung keine Zweifel aufkommen.

Die Beschlussverfolgung im Amtsinformationssystem wird gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, zum Vollzug des Bebauungsplans Nr. 8 "Seepromenade/Dorfstraße" und als Voraussetzung für die Herstellung eines durchgehenden, plankonformen Uferweges am Groß Glienicker See bei der Enteignungsbehörde des Landes Brandenburg hinsichtlich der in der Anlage aufgeführten Wegeflächen entsprechende Verfahren gemäß §§ 85 f. Baugesetzbuch mit einem Enteignungsantrag einzuleiten und alle sonstigen Verfahrenshandlungen, die für die zeitnahe Realisierung des Uferwegebaus erforderlich sind, wie z.B. Anträge auf Besitzeinweisung, zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit <u>angenommen</u>, bei einigen Gegenstimmen.

zu Bebauungsplan Nr. 34-2 "Katharinenholzstraße / Amundsenstraße" Beschluss

7.16 zur öffentlichen Auslegung

Vorlage: 11/SVV/0777

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

zu Seebühne des Hans Otto Theaters

7.17 Vorlage: 11/SVV/0784

Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Seebühne des Hans Otto Theaters am Tiefen See alle Voraussetzungen für die Planung und Finanzierung im städtischen Haushalt zu schaffen, damit die Nutzung im Jahr 2013 gesichert werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung ist dazu mit der Beschlussfassung zum Haushalt 2012 zu informieren

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage von der Stadtverordneten Dr. Schröter eingebracht.

Anträge zur Geschäftsordnung:

In der sich anschließenden Diskussion wird die **Überweisung** in folgende Ausschüsse **beantragt**:

Stadtverordnete Dr. Lotz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Ausschuss für Kultur; Stadtverordneter Kirsch, Fraktion BürgerBündnis - Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung;

Stadtverordneter Teuteberg, Fraktion FDP – Ausschuss für Finanzen.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0784 in die Ausschüsse für Kultur, für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie für Finanzen wird

mit 28 Ja-Stimmen angenommen,

bei 13 Nein-Stimmen.

Entsprechend den beschlossenen Änderungen in der Tagesordnung wird anschließend die gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 7.18, 7.28, 7.30 und 731 aufgerufen:

zu Vorgaben für Grundstücksverkäufe

7.18 Vorlage: 11/SVV/0785

Fraktion DIE LINKE

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg eingebracht.

Die in der Diskussion von mehreren Stadtverordneten per **Geschäftsordnungsantrag** beantragte **Überweisung** der o. g. DS in den Hauptausschuss und in die Ausschüsse für Finanzen und für Stadtentwicklung und Bauen sowie in den Rechnungsprüfungsausschuss wird **mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Vom Beigeordneten für Zentrale Steuerung und Service Herrn Exner wird auf die derzeitige Erarbeitung einer Verkaufsleitlinie sowie auf eine Mitteilung der EU-Kommission im Hinblick auf staatliche Beihilfe bei Verkäufen von Bauten und Grundstücken durch die öffentliche Hand aus dem Jahr 1997 hingewiesen. Er erläutert, dass deren Bedingungen anzuwenden seien.

Entsprechend den Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Jakobs könne eine Beschlussfassung mit der Maßgabe erfolgen, dass die Verwaltung angehalten wird, sich an der Richtlinie für Grundstücksverkäufe der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer Beteiligungen zu orientieren und Elemente der Richtlinie zum Gegenstand eines eigenen Verfahrens zu machen.

Vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg wird der **Beschlusstext** namens der Antragstellerin in der <u>2. Zeile</u> nach "EU-Kommission" um die Wortgruppe "als Orientierung" **ergänzt.**

Die so ergänzte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bei Grundstücksverkäufen durch die Stadt oder durch städtische Unternehmen der allgemeine Leitfaden der EU-Kommission als Orientierung Anwendung findet.

Dazu gehört insbesondere, dass das Verkaufsangebot mindestens zwei Monate publiziert wird.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit <u>angenommen</u>, bei einigen Gegenstimmen.

zu Sozial gerechte Bodennutzung

7.28 Vorlage: 11/SVV/0796

Fraktion SPD

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Richtlinie für die Stadt Potsdam vorzuschlagen und der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens Januar 2012 zur Beschlussfassung vorzulegen, die die sozial gerechte Bodennutzung regelt. Mit der Richtlinie soll verbindlich geregelt werden, wie in Anwendung von § 11 Baugesetzbuch (Städtebaulicher Vertrag) zukünftig Kaufbegünstigte/ Vorhabensträger verbindlich an den Kosten der städtebaulichen Planung, den Infrastrukturkosten, den Kosten für die Errichtung sozialer Einrichtungen und insbesondere am sozialen Wohnungsbau zu beteiligen sind.

Demnach sind zukünftig regelmäßig:

- Die Planungskosten durch die Grundstückseigentümer zu übernehmen.
 Hierzu zählen alle zu erhebenden Daten und zu erarbeitenden Unterlagen und
 Gutachten, die für die Aufstellung und Beurteilung des Bauleitplanes
 erforderlich sind.
- 2. Alle öffentlichen Flächen (Verkehrsflächen, Grünflächen, Ausgleichsflächen, Schutzflächen, Spielflächen) insbesondere kostenlos und unentgeltlich der Stadt abzutreten/ zu übertragen.
- 3. Die Erschließungskosten zu 100 Prozent zu übernehmen.
- 4. Die Folgekosten in einer im Rahmen der Richtlinie noch zu definierenden Höhe zu übernehmen.
- 5. Die Verpflichtung einzugehen, öffentlich geförderte Wohnungen in einer in der Richtlinie noch zu definierenden Anzahl zu errichten, soweit das Gebiet wegen seiner Größe und Eignung hierzu angemessen erscheint. Diese Pflicht kann auch wertgleich in Baulandabtretung abgegolten werden.
- 6. Die Kosten bzw. Maßnahmen, die nach § 1a BauGB für den Ausgleich und Ersatz des Eingriffes in Natur und Landschaft erforderlich sind, zu übernehmen.

Die Verpflichtung der Grundstückseigentümer ist der Stadtverordnetenversammlung zum Zeitpunkt des Verkaufes der kommunalen Liegenschaft bzw. bei der Aufstellung oder Änderung des Bauleitplanes bei bereits in Besitz befindlichen Grundstücken vorzulegen.

Die Aufträge, die im Zusammenhang mit der Bauleitplanung stehen, werden von der Stadt in Auftrag gegeben. Ausnahmen hiervon können in begründeten Fällen mit Zustimmung des für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zuständigen Ausschusses in Betracht kommen.

Die Vorlage wird namens der Fraktion SPD vom Stadtverordneten Schubert eingebracht.

Die in der Diskussion von mehreren Stadtverordneten per Geschäftsordnungsantrag beantragte Überweisung der DS 11/SVV/0796 in den Hauptausschuss und in die Ausschüsse für Finanzen und für Stadtentwicklung und Bauen sowie in den Rechnungsprüfungsausschuss wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu Richtlinie für Grundstücksverkäufe der LHP und ihrer Beteiligungen 7.30 Vorlage: 11/SVV/0798

Fraktion SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Namens der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird diese Vorlage vom Stadtverordneten Schubert eingebracht.

Die in der Diskussion von mehreren Stadtverordneten per **Geschäftsordnungsantrag** beantragte Überweisung der o. g. DS in den Hauptausschuss und in die Ausschüsse für Finanzen und für Stadtentwicklung und Bauen sowie in den Rechnungsprüfungsausschuss wird <u>mit Stimmenmehrheit</u> <u>abgelehnt.</u>

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Richtlinie für Grundstücksverkäufe der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer Beteiligungen zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis März 2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Richtlinie soll folgende Sachverhalte regeln:

Teil 1

Höchstgebotsverkäufe von Grundstücken oder Immobilien durch die Landeshauptstadt Potsdam oder einer ihrer Beteiligungen

Höchstgebotsverkäufe von Grundstücken durch die Landeshauptstadt Potsdam oder eine ihrer Beteiligungen erfolgen auf Grundlage der Mitteilung der EU-Kommission 97/c 209/03 betreffend Elemente staatlicher Beihilfe bei Verkäufen von Bauten oder Grundstücken durch die öffentliche Hand.

Insbesondere soll in der Regel ein Bieterverfahren gewählt werden das sicherstellt, dass die Veräußerungen im Rahmen eines hinreichend publizierten Verfahrens erfolgen. Ein Verkauf wird als hinreichend publiziert angesehen, wenn ein Angebot über einen Zeitraum von mindestens zwei Monaten mehrfach in der nationalen Presse, Immobilienanzeigern oder sonstigen geeigneten Veröffentlichungen und durch Makler, die für eine große Anzahl potentieller Käufer tätig sind, bekannt gemacht wurde und so allen potentiellen Käufern zur Kenntnis gelangen konnte. Für Grundstücke oder Entwicklungsmaßnahmen, die aufgrund ihrer Werthaltigkeit oder anderer Merkmale für international tätige Investoren von Interesse sein könnten, sollten darüber hinaus international gängige Publikationen und Makler zur Bekanntmachung genutzt werden.

Teil 2

Vergaben von Grundstücken für den Wohnungsbau durch die Landeshauptstadt Potsdam oder einer ihrer Beteiligungen zur Schaffung von Wohneigentum zur Selbstnutzung für Potsdamerinnen und Potsdamer

1. Grundsätzliches

Die Abgabe von Grundstücken ist eine freiwillige Leistung der Stadt. Sie erfolgt unter Abwägung der Interessen der Gesamtstadt.

Die nachstehenden Vergaberichtlinien und das damit verbundene Punktesystem gemäß Ziffer 4 dienen dazu, die Auswahl unter den Bewerbern zu erleichtern, ohne dass hierdurch ein Rechtsanspruch Dritter begründet wird.

2. Öffentliche Ausschreibung

Die zur Veräußerung anstehenden Grundstücke werden öffentlich zum Verkehrswert ausgeschrieben.

3. Bevorzugte Berücksichtigung

Bevorzugt werden

- Potsdamer Bürger vor Auswärtigen, die in Potsdam arbeiten, diese wiederum vor sonstigen Bewerbern. Als Potsdamer Bürger gelten auch sog. Rückkehrer (ehemalige Potsdamer, die mindestens 10 Jahre in Potsdam gewohnt haben).
- Personen, die an die Stadt auf deren Wunsch hin Hausgrundstücke, Bau- oder Bauerwartungsland oder Flächen für öffentliche oder sonstige Zwecke veräußern.

Gleichgestellt sind Verwandte ersten Grades.

4. Punktesystem

Innerhalb der vorgenannten Gruppen erfolgt die Anwendung eines Punktesystem für nachfolgende Hauptkriterien, die detailliert zu untersetzen sind.

- Familienstand

(verheiratet, verwitwet oder alleinerziehend und Kinder bis zum 16. Lebensjahr)

- Soziale Notwendigkeit

(Familieneinkommen, Familien mit schwerbehinderten Angehörigen, kleine Mietwohnung (unter den Regelsätzen des II. Wohnungsbaugesetzes) oder Freimachen einer Sozialwohnung

- Bewerbungs- und Wohndauer

(Bewerbungsdauer über 2 Jahre, Wohndauer in Potsdam (ggf. auch früher) über 10 Jahre und Wohndauer im jeweiligen Stadtteil über 5 Jahre)

Bei Punktgleichheit erhalten die jeweiligen Stadtteilbewohner den Vorrang. Ansonsten entscheidet bei Punktgleichheit das Los.

- 5. Spätestens zwei Jahre nach Grundstücksübertragung muss mit der Wohnbebauung begonnen worden sein, spätestens nach drei Jahren der Bezug erfolgt sein.
- 6. Eine Weiterveräußerung ist frühestens 15 Jahre nach Übertragung möglich.

Teil 3

Verbilligte Abgabe von Grundstücken der Landeshauptstadt Potsdam zur Schaffung von Wohneigentum zur Selbstnutzung für Potsdamer

Nach Maßgabe des Haushaltes sollen mit dem Ziel der Förderung der Schaffung von Wohneigentum zur Selbstnutzung für Potsdamer Ehepaare, auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften, eingetragene Lebenspartnerschaften und Alleinerziehende mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren Grundstücke nach Teil 2 um bis zu 25 Prozent verbilligt abgegeben werden können.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit <u>angenommen</u>, bei einigen Gegenstimmen.

zu Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!

7.31 Vorlage: 11/SVV/0799

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Vorlage wird vom Stadtverordneten Menzel namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebracht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam wird künftig Flächen nur noch in eigener Regie entwickeln.

Die in der Diskussion von mehreren Stadtverordneten per Geschäftsordnungsantrag beantragte Überweisung der DS 11/SVV/0799 in den Hauptausschuss und in die Ausschüsse für Finanzen und für Stadtentwicklung und Bauen sowie in den Rechnungsprüfungsausschuss wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu WagenHausBurg Hermannswerder

7.19 Vorlage: 11/SVV/0787

Fraktion DIE LINKE

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in die Gespräche der Verwaltung mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der WagenHausBurg auf Hermannswerder die Option der Erweiterung der bisher in Rede stehenden Frist von fünf Jahren für die Verlängerung des bestehenden Mietvertrages sowie die Prüfung der Voraussetzungen für eine dauerhafte Lösung an diesem Standort aufzunehmen.

Namens der Fraktion DIE LINKE wird die Vorlage von der Stadtverordneten Dr. Müller eingebracht. Von der Antragstellerin wird der **Beschlusstext** wie folgt **ergänzt:**

Der Hauptausschuss ist monatlich über die in den Gesprächen erzielten Ergebnisse zu informieren.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Cornelius, Fraktion Potsdamer Demokraten, beantragt die **Überweisung** in den Ausschuss für Finanzen.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Änderungsantrag:

Namens der Fraktion SPD beantragt der Stadtverordnete Dr. Wegewitz folgende Änderung des Beschlussvorschlages:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis April 2012 entweder mit den Bewohnern der Wagenhausburg den weiteren Verbleib auf eine auch über fünf Jahre hinausgehende tragfähige vertragliche Grundlage zu stellen oder aber bis zu diesem Zeitpunkt die Verwertungsinteressen der Stadt für das Areal auf Hermannswerder nachvollziehbar zu spezifizieren und gleichzeitig mit den Bewohnern ernsthaft über vertretbare Alternativstandorte zu verhandeln.

Dabei ist ins Verhältnis zu setzen, wie viele Personen derzeit dort wohnen und wie viele Personen bei einer Veräußerung für Wohnungsbau auf der gleichen Fläche voraussichtlich wohnen werden.

Er stellt danach den **Geschäftsordnungsantrag**, die o. g. DS mit der Änderung in den **Hauptausschuss zu überweisen**.

Abstimmung:

Die Überweisung der DS 11/SVV/0787 mit dem o. g. Änderungsantrag in den Hauptausschuss wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen.

zu Kinderspielplatz Thaerstraße

7.21 Vorlage: 11/SVV/0790

Fraktionen SPD, FDP

Namens der Fraktionen SPD und FDP wird die Vorlage vom Stadtverordneten Heuer eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Verwaltung aufgrund des abschlägigen Prüfergebnisses zum Kinderspielplatz und Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Thaerstraße einen eigenen Vorschlag unterbreiten soll, wie der vorhandenen Spielplatz in der Bornstedter Siedlung Thaerstraße durch Spielbzw. Klettergeräte für Kinder im Vorschulalter, Sitzbank etc. aufgewertet werden kann.

Darüber hinaus ist seitens der Verwaltung in einem Bericht zu erläutern, ob statt straßenplanerischer Maßnahmen, durch bauliche Verkehrsberuhigungen (z.B. Verengungen oder sog. schlafende Polizisten) die Verkehrssicherheit insbesondere für Kinder erhöht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu Lärmschutzmauer Brauhausberg/ Templiner Straße

7.22 Vorlage: 11/SVV/0791

Fraktion SPD

Konsensliste – überwiesen in die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Bauen (ff) sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

zu Bürgerbeteiligung stärken

7.23 Vorlage: 11/SVV/0792

Fraktion SPD

Konsensliste – überwiesen in den Hauptausschuss.

zu Berufung Sachkundige Einwohner

7.26 Vorlage: 11/SVV/0795

Fraktion DIE LINKE

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Herr Matthias Lack, Max-Eyth-Allee 44, 14469 Potsdam wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss Gesundheit und Soziales berufen.

Herr Jan Hanisch, An der Kirche 45, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen berufen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Bildung und Sport

7.27 Vorlage: 11/SVV/0801

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Frau Inge Stab wird aus dem Ausschuss für Bildung und Sport abberufen. Herr Daniel Zeller wird in den Ausschuss für Bildung und Sport berufen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu Veröffentlichungen aus nicht öffentlichen Sitzungen

7.29 Vorlage: 11/SVV/0797

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Konsensliste – überwiesen in den Hauptausschuss.

zu Bürgerhaushalt weiterentwickeln

7.32 Vorlage: 11/SVV/0800

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Konsensliste – überwiesen in die Lenkungsgruppe Bürgerhaushalt.

zu Planungsworkshop Verkehrssituation in Eiche und Golm

7.33 Vorlage: 11/SVV/0802

Fraktion SPD

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

zu Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt

7.34 Vorlage: 11/SVV/0806

Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

Konsensliste – überwiesen in den Hauptausschuss.

zu 9 Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister

zu 9.1 Leitlinien für die Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen sowie mit Jungen und jungen Männern

gemäß Beschluss: 09/SVV/1153

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage ausgereicht.

zu Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern, sowie Mädchen und

9.1.1 jungen Frauen

Vorlage: 11/SVV/0734

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Konsensliste – überwiesen in den Jugendhilfeausschuss und in den Ausschuss für Bildung und Sport.

zu 9.2 Neubau einer weiterführenden Schule im Norden Potsdams gemäß Beschluss: 10/SVV/0701

Der Oberbürgermeister erinnert an den mit der DS 11/SVV//0771, betr.: Errichtung einer Gesamtschule im Bornstedter Feld gefassten Beschluss; damit erübrige sich eine Mitteilungsvorlage: Bezüglich des Antrages des Stadtverordneten Becker, Fraktion FDP, die DS 11/SVV/0771 in den Ausschuss für Finanzen sowie in der Werksausschuss KIS zu überweisen, empfiehlt Herr Jakobs, noch offene Detailfragen in den o. g. Ausschüssen zu beraten.

Damit erklärt sich der Stadtverordnete Becker einverstanden.

zu 9.3 Bericht über die Erarbeitung eines Flächensicherungskonzeptes Gewerbliche Bauflächen

gemäß Beschluss: 10/SVV/0952

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage ausgereicht.

zu Flächensicherungskonzept Gewerbliche Bauflächen

9.3.1 Vorlage: 11/SVV/0721

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen.

zu 9.4 Bericht über die Realisierung der ständigen Ausstellung Stadtentwicklung gemäß Beschluss: 11/SVV/0316

Mit Schreiben vom 21.10.2011 bittet der Oberbürgermeister um eine **Terminverschiebung** für die Berichterstattung bis zur Sitzung im **Januar 2012.** Dieses Schreiben wurde allen Fraktionen schriftlich ausgereicht.

zu 9.5 Piazzetta im Bereich Jägertor gemäß Beschluss: 11/SVV/0392

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage ausgereicht.

zu Piazzetta im Bereich Jägertor

9.5.1 Vorlage: 11/SVV/0732

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Zu dieser Mitteilungsvorlage bestehe kein Redebedarf, sie wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 9.6 Bericht über mögliche Maßnahmen, um den Flächenverbrauch Potsdams zu begrenzen

gemäß Beschluss: 11/SVV/0394

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage ausgereicht.

zu Erster Zwischenbericht zur Prüfung: Maßnahmen Handbuch

9.6.1 Flächenmanagement

Vorlage: 11/SVV/0808

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Zu dieser Mitteilungsvorlage bestehe kein Redebedarf, sie wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 9.7 Bericht zu Sponsorenleistungen der EWP gemäß Beschluss: 11/SVV/0484

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage ausgereicht.

zu Sponsoringleistungen durch die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)

9.7.1 Vorlage: 11/SVV/0844

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Zu dieser Mitteilungsvorlage bestehe kein Redebedarf, sie wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 9.8 Bericht bezüglich des Übungsplatzes für Feuerwehr und Katastrophenschutz im Ortsteil Eiche

gemäß Beschluss: 11/SVV/0553

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage ausgereicht.

zu Übungsplatz für Feuerwehr und Katastrophenschutz

9.8.1 Vorlage: 11/SVV/0843

Oberbürgermeister, FB Feuerwehr

Zu dieser Mitteilungsvorlage bestehe kein Redebedarf, sie wird **zur Kenntnis genommen.**

zu 9.9 Bericht über mögliche Tonnagebegrenzungen im Innenstadtbereich gemäß Beschluss: 11/SVV/0634

Zu diesem Auftrag wurde den Stadtverordneten eine Mitteilungsvorlage ausgereicht.

zu Tonnagebegrenzung

9.9.1 Vorlage: 11/SVV/0845

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Konsensliste – überwiesen in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

zu Information über die bisherigen Kosten der Transparenzkommission

9.10 gemäß Beschluss: 11/SVV/0737

Herr Erdmann führt aus, dass für die Arbeit der Transparenzkommission ein Budget von ca. 100.000 Euro kalkuliert worden sei. Nach ersten Rechnungsstellung durch die begleitende Anwaltskanzlei im September wurde deutlich, dass der Kostenrahmen nicht eingehalten werden könne. Er erläutert notwendige Mehraufwendungen, die durch eine Aufstockung im Rahmen einer überplanmäßigen Aufwendung vom Hauptausschuss zu beschließen ist. Die Deckung erfolge durch Gewinnablieferungen der Unternehmen.

Im Weiteren informiert er über angefallene Kosten für Frau Schaefer bis einschließlich September (32.000 Euro), Reisekosten für ehrenamtlich Mitwirkende (2.200 Euro), Kanzlei Taylor Wessing bis September (134.000 Euro), KPMG für den Zwischenbericht (24.000 Euro)

sowie weitere kleinere Positionen, die eine Gesamtsumme von 195.000 Euro ergeben. Für die Arbeit bis zum Jahresende sei ein Betrag von 80.000 Euro erforderlich; insgesamt werden also 285.000 Euro kalkuliert

Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes bietet den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung an, die nach eingesetzten Mitarbeitern, Stundenaufwand und bearbeiteten Themen aufgeschlüsselten Rechnungen und Verträge im Rechnungsprüfungsamt einzusehen. Er beantwortet im Anschluss Nachfragen wie z. B. bezüglich zur Auswahl der Kanzlei, Kalkulationen und Überschreitung der Kosten für die Kommission sowie Zuständigkeit für die Erarbeitung der Verträge.

Die Sitzung wird anschließend mit dem nicht öffentlichen Teil (unter Ausschluss der Öffentlichkeit) fortgesetzt.

P. Schüler Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Anlagen: Wörtliche Wiedergabe von Redebeiträgen Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur DS 11/SVV/0677